

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 4

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Beginn der Verhandlungen zum Neuabluß der Verträge. Ablauf der Verträge für das Tiefbaugewerbe.

Am 14. April begannen in den Räumen des Verbandes der Baugeschäfte in Berlin die zentralen Verhandlungen über den Abschluß neuer Tarifverträge für das deutsche Baugewerbe. An den Verhandlungen nahm zum erstenmal seit 1910 der Verband der Baugeschäfte von Berlin wieder teil, der sich beinahe während der großen Ausperrung im Jahre 1910 vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe getrennt hat und seitdem seine eigenen Wege gegangen ist. Seit 1. April dieses Jahres ist er wieder Mitglied des Deutschen Arbeitgeberbundes.

Die Verhandlungen fanden ohne Unparteiischen statt. Stadtrat Dr. Hiller in Frankfurt a. M., der die Verhandlungen in Hannover geleitet und sich dort auch zur Leitung der weiteren Verhandlungen bereit erklärt hat, teilte im letzten Augenblick mit, daß er infolge dringender Dienstgeschäfte an der Abreise von Frankfurt verhindert sei. Die Parteien beschloßen, unter diesen Umständen ohne Unparteiischen zu verhandeln und beauftragten mit der Leitung der Verhandlungen Herrn Zimmermeister Naack aus Dresden und den Kollegen Schrader vom Zimmerer-Verband.

Zur Teilnahme an den Verhandlungen waren diesmal im Einverständnis mit den Arbeitgeberverbänden auch Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes, des Bundes technischer Angestellten und Beamten und des Dachdeckerverbandes erschienen. Sie wollten zu informativem Zweck an der Verhandlung teilnehmen, weil die Verträge, die für das engere Baugewerbe abgeschlossen werden, auch die Grundlage für die später abzuschließenden Verträge ihrer Organisationen bilden. Die Vertreter der Arbeitgeberverbände erhoben jedoch gegen die Anwesenheit dieser Vertreter Widerspruch und erklärten, in ihrer Anwesenheit nicht verhandelt zu wollen. Von unsen Verträgen wurde anerkannt, daß der Standpunkt der Unternehmer redlich einwandfrei sei; aus Zweckmäßigkeitsgründen sei aber die Haltung der Arbeitgeber zu beklagen. Kollege Waepflow kündigte gleich an, daß an den demnächst stattfindenden Verhandlungen der Polizei auch ein Vertreter unseres Verbandes teilnehmen und sich nicht abwenden lassen werde. Letztere der Arbeitgeberbund die Teilnahme ab, so werde er vielleicht keinen haltbaren Vertrag für die Polizei bekommen. Die Arbeitgeber blieben jedoch auf ihrem absehbaren Standpunkte stehen, so daß die Vertreter des Deutschen Arbeiterbundes, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und des Dachdeckerverbandes den Verhandlungsraum verließen.

Nach Erledigung dieser Frage war eine andere Schwierigkeit zu überwinden. Der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes hatte in Hannover die Erklärung abgegeben, daß er die am 1. April getroffene Vereinbarung nur mit dem Vorbehalt anerkenne, daß seine endgültige Stellungnahme abhängig sei von den Beschlüssen seines Verwaltungsrates. Eine Erklärung über Annahme oder Ablehnung der Vereinbarung von Hannover wollte er spätestens bis zu Beginn der Verhandlungen abgeben. Eine solche Erklärung war bis zu Beginn der Verhandlungen nicht abgegeben worden. Auf die Frage der Arbeitgebervertreter, welche Beschlüsse der Tiefbaugewerksverband gefaßt habe, gab der Vorsitzende des Tiefbaugewerksverbandes, Herr Dr. Krause, folgende Erklärung ab:

Der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes sieht sich nach Änderung seiner Verwaltungsräte trotz der Empfehlung durch seinen Verbandsvorsitzenden nicht in der Lage, das Abkommen vom 1. April 1920 anzunehmen, da die verschiedenartigen Arbeitsverhältnisse des Tiefbaugewerbes eine weitere schematische Behandlung der Tarifbedingungen nicht mehr zulassen. Der Reichsverband hat aber beschloßen, die Annahme des Abkommens vom 1. April 1920 seinen Untergruppen zu überlassen.

Die Vertreter der Bauarbeiterverbände stellten fest, daß der Tiefbaugewerksverband mit dieser Erklärung die Vereinbarung von Hannover abgelehnt habe. Damit seien die Verträge für das Deutsche Tiefbaugewerbe am 31. März 1920 abgelaufen. Da das Abkommen vom 1. April die Grundlage der jetzigen Verhandlungen bilde, könne der Tiefbaugewerksverband an den Verhandlungen nicht mehr teilnehmen. Die Arbeitgebervertreter gaben schließlich folgende formulierte Erklärung ab:

Nachdem der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes der Vereinbarung vom 1. April nicht beigetreten ist, ist der am 17. April 1919 mit ihm abgeschlossene Vertrag abgelaufen. Der Reichsverband für das Tiefbaugewerbe kann daher auch für die Verhandlungen, die auf Grundlage der Vereinbarungen vom 1. April geführt werden, nicht in Frage kommen.

Nach Abgabe dieser Erklärung wünschten die Arbeitgeber eine Sonderberatung, die ihnen auch zugestanden wurde. Nach einer Weile kam der Vorsitzende des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes zu den Arbeitgebervertretern, um von ihnen doch noch die Teilnahme an den weiteren Verhandlungen zu erreichen. Er erklärte, daß der Vorstand seines Verbandes alles versucht habe, um die Vereinbarung von Hannover zur Anerkennung zu bringen. Dies sei ihm aber nicht gelungen, und zwar weil er sich die Mitglieder und Untergruppen seines Verbandes aus sachlichen Gründen, die in Hannover vereinbarten Zulagen zu gewöhnen. Aus den verschiedensten Randteilen komme die Mitteilung, daß bei weiteren Lohnverhöhungen die Arbeiter eingestellt würden. Zum großen Teil sei dies schon geschehen. Der Vorstand seines Verbandes sei bereit, zu veranlassen, daß die Zulagen überall dort gezahlt werden, wo dies möglich sei.

Zu einer längeren Aussprache mit Herrn Dr. Krause blieben die Arbeitgebervertreter erst auf ihrem Standpunkte stehen und erklärten, daß der Tiefbaugewerksverband an den Verhandlungen nur teilnehmen könne, wenn er die Vereinbarung von Hannover anerkenne und für ihre Durchführung sorgen wolle. Am späten Nachmittag brachte Herr Dr. Krause den Arbeitgebervertretern die Antwort, der Verwaltungsrat seines Verbandes habe beschloßen, über eine Empfehlung an die Unterverbände, das hannoversche Abkommen anzuerkennen, nicht hinauszuweisen. Wenn die Arbeitgebervertreter keine anderen Vorschläge zu machen hätten, könne er an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnehmen. Die Arbeitgebervertreter bedenkten ihm, daß sie von ihrem Standpunkt nicht abgehen könnten. Damit schied der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes aus den Verhandlungen aus.

Die Vertreter des Verbandes der Maschinisten und Heizer, der an dem bisherigen Vertrag für das Tiefbaugewerbe beteiligt war, warfen nun die Frage auf, ob ihre Verträge nach dem Ausgehen des Tiefbaugewerksverbandes Vertragskontraakt an Hochbauverträge werden könne. Herr Baumeister Behrens, der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes, erklärte, daß auch die Mitglieder des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Tiefbauarbeiten ausführen. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erkenne die Abmachungen von Hannover auch für diejenigen seiner Mitglieder als zu Recht bestehend an, die Tiefbauarbeiten ausführen. Es sei wohl möglich, daß seine Mitglieder in Zukunft noch mehr Tiefbauarbeiten ausführen würden als bisher. Darum sei er der Meinung, daß man gleich Verträge für den Hoch- und Tiefbau abschließen sollte. Scharfe Grenzen liegen sich zwischen Hoch- und Tiefbau überhaupt nicht ziehen. Letzteres seien auch auf Hochbauten Maschinisten und Heizer beschäftigt. Er wünsche es deshalb, daß die Maschinisten und Heizer eine

gemeinsame Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Hochbau wünschten.

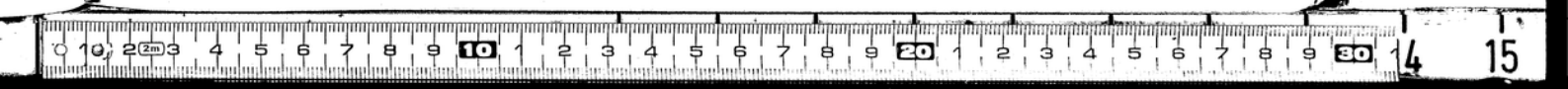
Die Vertreter unseres und des Christlichen Bauarbeiterverbandes erklärten, für sie sei es ganz selbstverständlich, daß die Tarife für den Hoch- und Tiefbau gleichzeitig geregelt und daß auch die Maschinisten und Heizer am Vertrag beteiligt würden. Die Vertreter des Zimmererverbandes lehnten dagegen zunächst die Beteiligung der Maschinisten und Heizer ab und erklärten sich überhaupt grundsätzlich dagegen, daß der Reichstarifvertrag noch auf andere als die bisher an den Verträgen beteiligten gemeinsamen Arbeitergruppen ausgedehnt werde. Die Zimmerer empfanden die Teilnahme weiterer Berufsgruppen an den Verträgen als einen Bleiklumpen. Die Verhandlungen würden dadurch nur unnötig erschwert. Demgegenüber wurde sowohl von den Vertretern des Arbeitgeberbundes als der übrigen Arbeiterverbände darauf hingewiesen, daß doch die Baumaschinisten mit den übrigen Bauarbeitern in ein und demselben Betrieb beschäftigt seien. Schon aus rein sachlichen Gründen sei die gleichzeitige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die in einem Betrieb arbeitenden Arbeitergruppen erwünscht. Wenn die Maschinisten streikten, könnten auch die übrigen Arbeiter nicht arbeiten.

Nach einer Sonderberatung der Zimmerer stimmten auch diese der Teilnahme der Maschinisten und Heizer an den Verhandlungen zu, bestellten sich aber ihre endgültige Stellungnahme noch vor.

Mit der Erledigung dieser Vor- und Formfragen ging der erste Verhandlungstag zu Ende. Am 15. April wurde dann mit der Beratung der Anträge begonnen, die von den Arbeiter- und Arbeitgeberverbänden zum Reichstarifvertrag und zu dem örtlichen Vertragsmuster gestellt worden sind. Die Anträge der Arbeiter wurden zunächst vom Kollegen Waepflow, die Anträge des Arbeitgeberbundes von Herrn Baumeister Behrens eingehend begründet. Dabei stellte Herr Baumeister Behrens ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Arbeiter in Aussicht. Von einem solchen Entgegenkommen haben die Arbeitgebervertreter aber hinterher bei der Einzelberatung nichts gemerkt. Fast über keinen der von den Arbeitgebervertretern gestellten Anträge kam es zu einer Verständigung.

Nach der allgemeinen Begründung der Anträge entspann sich zunächst eine längere Aussprache darüber, ob die allgemeine Verbindlichkeitsklärung des Reichstarifvertrages und der örtlichen Tarifverträge wünschenswert sei. Von den Unternehmern wurde ein beratiger Antrag gestellt und sofort beantwortet. Von den Arbeitgebervertretern wurden gegen die Verbindlichkeitsklärung des Reichstarifvertrages erhebliche Bedenken geltend gemacht. Im Zusammenhang mit der Verbindlichkeitsklärung wurde die Frage erörtert, ob auch die Bauarbeiter in Fabriken usw. unter die für verbindlich erklärten Verträge fallen sollten. Sowohl von den Arbeiter- als auch von den Arbeitgeberverbänden wurde dies in der vergangenen Vertragsperiode gewünscht. Das Reichsarbeitsministerium hat jedoch anders entschieden, indem es die fälschlich mit Mitarbeitern in Fabriken beschäftigten Bauarbeiter als nicht unter die baugewerblichen Verträge fallend erklärte und durch diese Einschränkung die Allgemeinverbindlichkeit der Verträge wieder aufhob. Sowohl die Arbeiter als auch die Arbeitgeber haben seinerzeit gegen diese Einschränkungen protestiert, und auch bei den jetzigen Verhandlungen wurde die Haltung des Reichsarbeitsministeriums aufs Schärfste kritisiert. Eine Einigung über den Wunsch des Arbeitgeberbundes wurde nicht erzielt.

Ebenso ist keine Einigung erzielt worden über den Antrag der Arbeitgeberverbände, das Verhältnis zwischen tariflich zu regeln und die örtlichen Organisationen mit der Auf-



festlegung von Grundfähigkeiten für Lehrverträge und ihrer Durchführung zu beauftragen. Die Unternehmer lehnten diese Wünsche der Arbeiter zwar nicht mehr mit derselben Schärfe ab wie im vorigen Jahre, machten aber doch auch kein förmliches Zugeständnis, sondern ließen nur durchblicken, daß nach ihrer Meinung über die Leistungsfrage in der zweiten Lesung eine Einigung zu erreichen sei.

Den Wunsch der Arbeiter: tariflich festzulegen, daß die Betriebsobleute auch bei Einstellung und Entlassung von Arbeitern mitwirken sollen, glaubten die Unternehmer nicht erfüllen zu können, da nach dem Betriebsrätegesetz die Betriebsräte nur bei Entlassungen mitzuwirken hätten. Auch diese Frage blieb strittig. Ferner blieb strittig die Vertragsbestimmung über die Dauer der Arbeitszeit. Nach dem jetzigen Vertrag soll die regelmäßige tägliche Arbeitszeit die Dauer von 8 Stunden (wöchentlich 48 Stunden) nicht überschreiten. Hierzu beantragen die Arbeiterverbände, die Worte „wöchentlich 48 Stunden“ zu streichen, weil diese Bestimmung vielfach zu aufgesetzt werde, als ob 48 Stunden in der Woche gearbeitet werden müßten und als ob es erlaubt sei, wenn an einem Ort zum Beispiel ein freier Sonnabendnachmittag vereinbart werde, die ausfallende Arbeitszeit auf die übrigen Wochentage zu verteilen. Die Unternehmer dagegen wünschten ausdrücklich in den Vertrag aufgenommen zu haben, daß die ausfallenden Arbeitsstunden auf die übrigen Werkstage verteilt werden können. Auch über diesen Punkt wurde keine Einigung erzielt.

Schon umstritten war auch diesmal wieder die Frage der Akkordarbeit. Die Unternehmer betonen wieder den Standpunkt, daß die Akkordarbeit allgemein freigegeben werden müsse, um die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zu heben. Die Leistungsfähigkeit sei heute außerordentlich gering. Weshalb werde den Arbeitern, die gern in Akkord arbeiten wollten, die Akkordarbeit durch ihre Organisation verboten. In einzelnen Fällen seien sogar Strafen für Akkordarbeit festgelegt worden. — Die Arbeitervertreter lehnten die allgemeine Freigabe der Akkordarbeit ab. Die Frage, ob in Akkord gearbeitet werden soll oder nicht, müsse von den örtlichen Organisationen und, wo die örtlichen Organisationen nach Berufsgruppen beziehungsweise Sektionen gegliedert sind, von den Berufsgruppen und Sektionen entschieden werden. Die heutige protokolllarische Erklärung über die Akkordarbeit genüge vollkommen.

Die Unternehmer wünschen eine Bestimmung im Tarifvertrag, wonach die Übernahme von Nebenarbeit gegen Entgelt außerhalb der tarifmäßigen Arbeitszeit nicht gestattet sein soll. Die Arbeitervertreter erklärten sich mit der Aufnahme einer solchen Bestimmung in den Vertrag einverstanden.

Für die zukünftige Entlohnung fordern die Arbeiterverbände die Einführung der gleitenden Lohnskala. Bei starker Steigerung oder Senkung der Lebensmittelpreise sollen die Unternehmer der Arbeiter- und Arbeitgeberverbände das Recht haben, jederzeit eine Neufestsetzung der Löhne zu beantragen. Auf Antrag einer Vertragspartei soll sich die andere Vertragspartei spätestens 8 Tage nach Eingang des Antrages zu diesbezüglichen Verhandlungen stellen. Die Unternehmer erklärten sich mit der Einführung der gleitenden Lohnskala grundsätzlich einverstanden, wünschten aber, daß die Löhne stets ab 3 Monate geregelt werden und daß innerhalb der 3 Monate neue Forderungen nicht erhoben werden dürfen. Die Arbeitervertreter stellten 3 Monate für viel zu lang. Auch über diese Frage war eine Einigung nicht möglich, ebenso nicht über die Forderung der Arbeiter, für die Leistungs Wochenlöhne festzusetzen, und auch nicht über die sonstigen von den Arbeitern zu dem Paragraphen über Arbeitslosen beantragten Änderungen. Vollständig ablehnd verhielten sich die Unternehmer gegenüber der Forderung der Arbeiter auf Gewährung von Ferien. Sie erklärten, im Baugewerbe seien Ferien vollstän dig überflüssig und unburchführbar. Die Bauarbeiter hätten schon infolge der häufig eintretenden schlechten Witterung und der Pausen im Winter Ferien genug. Es wurde ihnen gesagt, daß den Bauarbeitern damit nicht gebüht sei, sondern daß die Bauarbeiter, wie auch die Arbeiter anderer Industriezweige, einen wirklichen Erholungsurlaub haben müssen.

Umstritten blieben auch die Anträge der Arbeiterverbände auf eine anderweitige Regelung der Arbeitervertretung auf Grund des Betriebsrätegesetzes. Wir brauchen über alle diese Dinge nicht ausführlicher zu berichten, da eine weitere Klärung des Standpunktes der Arbeiter und Arbeitgeber erst in der zweiten Lesung des Vertrages zu erwarten ist.

Das Ergebnis der Beratungen war der Beschluß, mit der zweiten Lesung der neuen Verträge am 29. April zu beginnen. Es soll dabei nicht die ganze Verhandlungskommission mitwirken, sondern eine kleinere Kommission soll zunächst versuchen, über die vorhandenen Streitpunkte zu einer Einigung zu kommen. In der Zwischenzeit sollen sofort die örtlichen und beständigen Verhandlungen aufgenommen werden. Dabei soll durch ein Zusammenwirken der Bezirksleiter der Arbeiter- und Arbeitgeberverbände versucht werden, die

Zahl der Lohnklassen in den einzelnen Bezirken möglichst zu vermindern. Ausgesprochen sollen von den örtlichen und beständigen Verhandlungen sein die bei den zeitlichen Verhandlungen für die zweite Lesung zurückgestellten Differenzpunkte (Betriebsräte und Ökonomen, Leistungsfrage und Ferien). Es soll alles versucht werden, um die neuen Verträge noch vor Ablauf der alten unter Dach und Fach zu bekommen.

Heuchelei oder Unwissenheit?

In der Nr. 129 der „Kugelsbürger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichte der Bauunternehmer S. Säger einen langen Artikel, in dem er den Beweis erbringen wollte, daß an der geringen Bautätigkeit usw. nur die hohen Arbeiterlöhne schuld seien. Wir haben uns beim Lesen des Artikels mehrmals die Frage vorgelegt: Ist der Mann wirklich so un- wissend oder stellt er sich nur so, weil er darauf rechnet, daß die Leser der Zeitung alles unbedenkenlich hinnehmen? Die Redaktion des Blattes teilte in einer Vorbemerkung mit, daß Herr Säger wegen seiner Sachkenntnis außerordentlich geschätzt sei. Sie hält es im übrigen für zweckmäßig und notwendig, daß auch die Arbeiteröffentlichkeit sich zu dem von Säger Ausgeführten äußere. Wir wissen nicht, ob unsere Kugelsbürger Kollegen, dem gefolgt sind; wir aber wollen uns an dieser Stelle dazu äußern.

Unser Urteil über den Artikel haben wir bereits in der Lieberkeitschrift dieser Zeiten niedergelegt. Wir kommen nun zur Begründung. Herr Säger schrieb: „Der Mangel an Baumaterialien und die für sie immer höher gestiegenen Preise (woher diese immer höheren Preise auch für Bau- stoffe, die schon seit Jahren festlich liegen, Herr Säger?) haben bisher viel dazu beigetragen, daß die Bautätigkeit, zumal im Hochbau, ständig gesunken ist und viele Bau- arbeiter in andere Berufe abwandern müssen, wenn sie nicht arbeitslos werden wollen. Es ist demgegenüber aber fest- zustellen, daß bei den sogenannten „Kostlandsarbeiten“ im Tiefbau die das Bauen vertuernden eigentlichen Bau- materialien nur eine untergeordnete Rolle bei der Preis- bildung für das Bauevent, insbesondere bei Erdbehebungs- arbeiten, spielen. Hier sind jedoch die g a n z u n g e b e u e r g e i o a d j e n e n D ö h n e auch für die ungelerten Tiefbau- arbeiter, die übermäßige Mehrzahl der Arbeiter dieses Gewerbes, fast allein schuld daran, daß wegen Erschöpfung der vorhandenen Geschmitten ein Preisanstieg nach dem andern, aber auch andere Baumwerke eingestellt werden. Man kann der Meinung sein, daß selbst nach den heutigen Preisen der neueste Bau, zumal Kostlandsbau, wirtschaftlich immer noch als billiger gelten muß als die derzeitige Ar- beitslosenunterstützung, weil ersterer wenigstens einen Gültewert darstellt, während die Arbeitslosenunterstützung in diesem Sinne völlig ohne greifbaren Gegenwert bleibt. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Aufzehrung der vorhandenen Mittel hauptsächlich durch die enorm ge- stiegenen Löhne bei verringerter Arbeitszeit und Leistung die Bautätigkeit selbst im Tiefbau immer mehr zurückdrängt. Und sie wird immer geringer werden, je höher die Löhne steigen.“

Da haben wir also die Quadratur des Kreises! Herr Säger hat das Beispiel gelehrt. Verringerter Löhne und die Leistungen werden steigen. Wir brauchen nicht weiter zu zitieren, um die volkswirtschaftliche Ignoranz des „wegen seiner Sachkenntnis sehr geschätzten“ Verfassers zu beweisen. Als Bauunternehmer hat dieser vielleicht auch „Wasser“. Wenn nicht, so erlaubte er sich wohl bei einem Fußunter- nehmer, was man mit einem Gaul tut, der bei täglich 15 Pfund Speier nicht leistungsfähig ist. Ob man diesen noch 5 oder 10 Pfund abzieht, um ihn leistungsfähiger zu machen oder ob man ihm eine Zügel gibt, um ihn zu kräftigen. Säger erwünscht das letztere für die Ar- beiter. Warum werden die Kostlandsarbeiten teurer als sonstige Tiefbauarbeiten? Man sollte annehmen, die Frage könne sich jeder wirklich Sachverständige leicht selbst beant- worten. Säger kann es nicht; denn er hat den Sach nicht begriffen, daß „zweckloses Arbeiten Loren Vergnügen ist“. Wenn Staat oder Gemeinde Arbeitslose an sogenannte „Kostlands“ arbeiten stellen, so sagen sie ihnen mit diesem Wort, daß die Arbeit an sich unnütz ist, daß sie ihnen nur angewiesen wird, weil man sie nicht als Müßiggänger her- anzulassen lassen will, weil man ihnen die Unterstüfung nicht ganz umsonst geben will und sie bei alledem doch die Emp- findung haben sollen, als empfingen sie ein Almosen. Dar- aus schließen die Kostlandsarbeiter mit Recht, daß die Frage von Recht, daß es auf das Quantum der geleisteten Arbeit gar nicht ankommt. In Wirklichkeit besteht sich unter dem Begriff Kostlandsarbeiten ein Vertragsbruch an den Ver- trägern. Die Arbeiter sind an sich nötig; es kommt nur auf die Zeit an, in der sie gemacht werden. Da man sich aber gern das Mantelchen sozialer Fürsorge umhängen will, ist man auf diesen Begriff verfallen. Die Bürger, die über die teuren Kostlandsarbeiten jammern, sind betrogene Beiträger. Der Begriff „Kostlandsarbeiten“ sollte in einem anständig gehaltenen Gemeinwesen verschwinden.

Der Verfasser des Artikels ging mit einer gewissen Schnelligkeit über die Zeitung des Kugelsbürger hinaus und will sich nicht. Hier läßt sich nämlich das Gegenteil von dem beweisen, was Säger beweisen wollte, nämlich, daß die hohen Unternehmergewinne weit mehr an der Zurechnung schuld sind als die hohen Arbeiterlöhne. Während der dem Kugelsbürger Anteil der Löhne an den Baukosten 40 bis 50 % betragen hat, ist er trotz aller Lohnsteigerungen auf 27 bis 35 % zurückgegangen. Die Unternehmer haben es nämlich ausgesprochen verstanden, ihren Gewinnanteil zu

erhöhen. Säger sagt zugleich über die hohen Löhne, über zu kurze Arbeitszeit, über ungenügende Leistungen und über die Arbeitslosenunterstützung. Sind die Löhne wirklich hoch? Die Arbeiter müssen heute für ein geringeres Maßmittel- quantum, das zum Teil „Erfolg“ ist, mindestens das zehn- fache Zwanzigfache dessen bezahlen, was sie vor dem Kriege bezahlten. Für Kleidung, Schuhe und Werkzeug müssen sie das Zwanzig- bis Dreißigfache bezahlen. Wie heben denn die Löhne gegenüber? Wir wissen im Augenblick nicht genau, wie hoch die Stundenlöhne unserer Kugelsbürger Kollegen von dem verdienen, was sie im Jahre 1914 verdienen. Im Jahre 1912 hatten Maurer und Zimmerer einen Tariflohn von 54 S. Bauhilfsarbeiter 42 S. Sie müßten also heute, wenn sie das Zehnfache an Einkommen haben sollten, stünd- lich 6,75 M beziehungsweise 5,25 M haben. Wir hoffen, daß sie soviel bekommen, glauben es aber nicht. Aber selbst in diesem günstigen Falle würden sie noch ungeheure Opfer bringen, die eine verhältnismäßige Lohnverflechtung um mindestens 40 % bedeuten; denn alles, was über das Zehn- fache im Preise gestiegen ist, muß der Arbeiter auch mit seinem Lohn bezahlen. Und die Ausgaben hierfür betragen mindestens 50 % dessen, was eine Familie heute zu be- zahlen hat.

Der Verfasser des Artikels macht dann eine lange Rech- nung auf, in der er die Minderleistung beweisen will. Inzert noch dem, was Dr. Krause behauptete. Der Ber- liner Maurer habe früher in 9 Stunden 750 Ziegel ver- mauert, heute nur 560 in 8 Stunden. 1914 betrug der Stundenlohn 85 S., heute 4,45 M. Demnach sollten 100 Steine zu vermauern vor dem Kriege 1,02 M, jetzt dagegen 6,71 M. Ohne nachzuprüfen, ob die Rechnung richtig ist, kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Ber- liner Maurer noch zu billig arbeitet. Er müßte mit seiner Arbeit doch mindestens um das Zehnfache teurer sein als 1914, um die hohen Baupreise zu rechtfertigen. Es ist doch allbekannt, daß die Baukosten um das Zehn- bis Fünfzehn- fache gestiegen sind, die Kosten der Verarbeitung um 100 Prozent dagegen nur um das Sechsfache. — Eine eigene Rechnung Sängers geht die Tiefbauarbeiter an. Wir führen sie im Wortlaut auf, um ihre weitest mög- liche Beurteilung zu ermöglichen. Bei einer größeren Erdbau- arbeit hat ein Stundenlohn von 2,50 M 10 cbm Kubfaden von Erde pro Kubfußentwurf, auf die Stunde also 1,25 cbm, das heißt, für 20 M Ziegel- lohn labet er 10 cbm Material. Das Kubfußmeter kostet demnach 20 : 10 = 2 M. S n n t e i c h d e r A r b e i t e r e n t s c h l i e ß e n , 1,5 cbm pro Stunde zu leisten, so würde das Kubfußmeter nur noch 20 : 12 = 1,67 M kosten. Würde dieser Arbeiter jetzt entschließen, 10 Stunden pro Tag zu arbeiten, so würde er 2,50 M pro Tag mehr verdienen und das Kubfußmeter Material kostete dann 22,50 : 15 = 1,50 M. Der Erdbewegungspreis fiel also im ersten Falle von 2 M auf 1,67 M und im zweiten auf 1,50 M. Rechen wir nun weiter an, es werden auf der Baustelle gleich 80 Mann für die gleiche Arbeit beschäftigt. Ihre Leistung würde also 80 mal 10 = 800 cbm im Kubfußentwurf bei ersterer Leistung im Kubfußentwurf auf 80 mal 15 = 1200 cbm pro Arbeiter geleistet. Die Kosten würden sich dabei statt auf 80 mal 20 = 1600 M für 800 cbm auf 80 mal 22,50 = 1800 M stellen. Für eine um 200 M erhöhte Lohnausgabe würden also statt 800 cbm dann 1200 gefördert, das heißt die Hälfte mehr.“ Nach dem Studium dieser Aufstellung können wir nicht verstehen, warum der „geschätzte Fachmann“ seine Willkürscherechnung nicht noch vergrößerte. Nach seinem Rezept läßt sie sich bis ins Unendliche fortsetzen. Die Zehnfachung hat er dazu, denn ihm selbst es scheint an- über Erkenntnis der physikalischen Vorgänge im menschlichen Körper. Sonst würde er wissen, daß die Leistung des Ar- beiter nicht von dem abhängt, ob er 10 oder 15 Kubfuß ent- w e r f e n kann, mehr zu leisten, sondern ganz einfach davon, ob er 10 oder 15 Stunden arbeiten kann. Der Verfasser ist zwar Bauunternehmer, aber er hat anscheinend nie gehört, daß die stündliche Arbeitsleistung mit der Verlängerung der Arbeitszeit abnimmt. Als wenn diese Hindernisse einer größeren Leistung etwa durch die Entschleunigung des Arbeiters beseitigt würden, so stellt er die Sache hin. Warum entschließt sich Säger nicht, selbst die Schaufel in die Hand zu nehmen und stündlich 10 cbm aufzuladen bei einem Stundenlohn von 60 S? Findet er dazu noch unter seinen Kaufgenossen Gleich- gültigkeit, so wird die Erarbeit billiger. Was wir noch Arbeitslose in großen Scharen haben, scheint er ebenfalls nicht zu wissen, sonst würde er nicht eine Verlangsamung der Arbeitszeit fordern. Es wäre doch der größte Mist, wenn wir die eine Hälfte der Arbeiteröffentlichkeit zu einer längeren Arbeitszeit veranlassen würden, während die andere Hälfte arbeitslos ist und Unterstüfung begehrt.

Mit den vorstehenden Zeilen haben wir gezeigt, wie sich die Dinge in dem Kopfe eines Bauunternehmers ma- ten. Leider gibt es unter den deutschen Bauunter- nehmern noch recht viele derartige Säger, die zwar ihre Gedanken nicht dem Zeitungspapier anvertrauen, aber sonst genau so einseitig denken wie der Säger in Kugels- burg. Diese Einseitigkeit rednerischer Beschäftigung schließt aber so- fort ein, wenn es sich um ihren eigenen Verdienst handelt. Wir haben in Nr. 15 unseres Blattes unter dem Titel „Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne“ einen Artikel veröffentlicht, der einen kurzen Auszug aus einer „Ein- gabe des Kartells der Arbeitgeberverbände in den Bau- gewerben Groß-Berlins an den Minister für Volkswohl- fahrt“ enthält. Sie enthält die Forderungen, um den Arbeiter- löhnen einfluß zu bringen für die Zulassung größerer Miet- steigerungen. Über die Lohnsteigerungen (die inzwischen überholt sind) werden in dieser Eingabe folgende Angaben

gemacht: Von 1914 bis 1920 sind die Arbeiterlöhne gestiegen für Maurer, Zimmerer, Tischler, Dachdecker, Maler, Klempner, Metzger und Köcher um das Vierfache, für Arbeiter und Arbeiterinnen um das Fünffache, für Bauhilfsarbeiter, Tischler und Brunnennmacher um das Sechsfache und für Arbeiter beim Brunnennbau um das Achtfache. Demgegenüber betragen die Klempnerlöhne, daß 1914 die Löhne bei einem Wohnungsbau von 100 M 75 M betragen haben, 1920 betragen sie 300 M von 800 M Kosten. Bei Gas-, Wasser- und Heizungsarbeiten betragen 1914 die Löhne bei einer Rechnung von 100 M 60 M und die folgenden 1040 M, im Februar 1920 betragen sie 240 M, im März 48 M; der Aufschlag beträgt 800 %. Für 1 am 1. April 1920 mußten 1914 bezahlt werden 2,25 M, im Jahre 1920 20 M, obwohl er nach der Lohnhöhe nur 9 M kosten dürfte. Auf die Preissteigerung für Oberarbeiten haben wir in Nr. 15 schon aufmerksamer gemacht; wir wollen aber hier nochmals darauf hinweisen, daß die Zimmerer ihren Gehältern das Vierfache an Lohn zogen, für sich aber das Dreifache nachgaben. Kfz-Gehältern, die im Jahre 1914 3 M kosteten, müssen jetzt mit 9 M bezahlt werden. Gasarbeiten bestimmen sich jetzt mit 223 M auf 2800 M gestiegen.

Alle diese Preissteigerungen sind durch die wirklich gezahlten Löhne in keiner Weise gerechtfertigt. Sie sind in der Hauptsache zurückzuführen auf den Mangel der Güter und Unternehmern, die sich trotz der allgemeinen Notlage schamlos bereichern. Trotz geringen Geschäftserfolgs hat das Unternehmertum und der Handel nie soviel eingeheimert wie jetzt. Das sehen die Arbeiter täglich. Und dann sollen ausgerechnet sie, die die schweren Kriegslasten fast ganz allein tragen mußten, nun auch noch ruhig die Kosten des Friedens auf sich nehmen; denn das ist der Inhalt des Kampfers über die hohen Arbeiterlöhne. Die Arbeiter wissen dauernd große wirtschaftliche Opfer bringen infolge der beschämlichen Verschlechterung ihrer Löhne. Die Verschwendung geht mit Riesenschritten vorwärts. Wenn Unternehmern und Händler dem Beispiel der Arbeiter folgen und anstatt 10 bis 20 % Meingebrinn nur 2 bis 4 % nehmen, dann könnten sie schließlich mit einiger Berechnung Ermahnungen an diese richten.

Schreden des Bürgerkrieges.

Ein Fall unerhörter Brutalität und feiger Handlung von Reichswehrtruppen wird uns aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gemeldet. Der Bezirksführer unseres Bezirksvereins Medlinghausen schreibt uns:

Medlinghausen, den 6. April 1920.

Werte Kollegen! In den Tagen der Diktatur von links hatte sich die rote Armee am Kanalbau an der Spitze bei Paltern verschanzt. Die dort beschlagnahmten Güter, alles Mühlwerk unserer Verbände, wurden als Spione angesehen und mußten die Arbeit einstellen. Paltern, eine Jahreshälfte unseres Bezirksvereins, war dadurch von uns abgeperrt. Am 1. April griff die Reichswehr an, die roten Truppen zogen sich zurück, und der Verkehr mit Paltern war wieder hergestellt. Zwei Tage nach dem Abzug begab ich mich nach dem unteren Kanal. Schon unterwegs erfuhr ich, daß Schreckliches passiert war. In einer Schule in der nächsten Nähe des Kanals fand ich 15 am Kanalbau beschäftigte gewesene Kollegen tot in ihrem Blute liegen, darunter auch den Vorsteher der Jahreshälfte Paltern, den Kollegen Fröhlich. Die Leiche lag über viele Stunden davon und wurde erst am 4. April gefunden. Um meine Frage, auf welche Weise die Leute ums Leben gekommen seien, wurde mir mitgeteilt, daß sich diese während des Feuerkampfes zwischen der roten Armee und der Reichswehr in den Keller ihres Wohnhauses gestürzt hatten, aber wahrscheinlich von der nachrückenden Reichswehr als Zeile der roten Armee angesehen und zusammen mit ihrem Logisratier erschlagen wurden. Es liegt hier ein Fall vor, für dessen Bezeichnung mir der richtige Ausdruck fehlt. Das ist nicht mehr grobe Fahrlässigkeit, sondern die List, Wehrole zu töten, die Summe und Stand über viele Familien gebracht hat. Einige Minuten Befehlshaber und das Schlimmste wäre vermieden worden. Die beklagenswerten Opfer, die mit dem Kampfe nicht das geringste zu tun hatten, wurden am Ostermontag, nachmittags 3½ Uhr, in der Nähe der Kirche von Stamm-Vollendorf bei Paltern unter großer Beteiligung der Arbeiter und sonstigen Einwohner verbrannt. Gleich zeitig erhielt ich den Kenntnis von dem Tode des Mitgliebes Heinrich Diekmann aus Paltern, der am Tage zuvor landrechtlich erschossen worden ist. Auch er war nicht am Kampfe beteiligt. Wir betrauen in den so grauamen ums Leben gekommenen Kollegen sehr viele Freunde, die sich erfolgreich für unsere Verbände betätigt haben, und sprechen den Hinterbliebenen im Namen des Bezirksvereins Medlinghausen unser tiefgefühltes Beileid aus. — Die Namen der von der Reichswehr Erschlagenen sind: Schachmeister Juxter, Waggermeister Robert Krimm, August Dann, Gottlieb Brückner, Hans Beckmann, Johann Salsbach, Konrad Franzenberger, August Barth, Georg Hülshing, Fritz Gläfer, Paul Gläfer, die Brüder Gläfer waren Mitglieder des Verbandes der Maschinenisten und Heizer, ferner noch unsere Mitglieder Joseph Wipfeld, Ewald, Ignazial und Wäitz. Da sich unter den erschlagenen Kollegen 2 Hilfsschlichter befinden haben, wird der Verband auch noch einen materiellen Schaden haben, denn die Reichswehr hat den Toten alle Wertgegenstände geraubt.

Franz Schade, Medlinghausen.

Auch wir sprechen den Angehörigen unserer gemordeten Kollegen unser herzlichstes Beileid aus. Aber damit ist die Angelegenheit für uns nicht erledigt. Wir fragen die Reichsregierung, was sie mit jenen brutalen Feiglingen, die unter dem Namen Reichswehr in Paltern wie tolle

Schande haften, zu tun gedenkt? Wann wird sie sich dazu aufraffen, die Reichswehr zu einer republikanischen Truppe umzuformen, in der nur Leute dienen können, die nicht in jedem Arbeiter ein Feindbild für ihre brutalen Instinkte sehen? Wann wird sie die Führer befehlen, die jeden, der nicht konfessionsreaktionär gesinnt ist, für einen Volkseindlichen und die sozialistische Denkart für ein Verbrechen halten? Vor allem fordern wir, daß die Untersuchung der Reichswehrgreuel nicht Oerichtsöffnungen, sondern unparteiischen Zivilpersonen aus dem Arbeiterstande übertragen wird. Auch die Aburteilung der Schuldigen darf nicht in einem Militärgericht erfolgen. Wenn die „Verhütung“ des Industriegebietes überall so vor sich geht wie in Paltern, dann wird die Bevölkerung froh sein, wenn die Rubelsticker abziehen.

Von der anderen Seite werden die gleichen Schreckensszenen gemeldet. So berichtet die Dortmunder „Westfälische Volkszeitung“ über folgende Untat, „daß bei den Kämpfen um Hamborn am 23. März auch der Direktor Sebald von der Höhe „Lohberg“, Eigentum der Gewerkschaft Friedrich Hülshing, durch einen Zufallstreffler zu Tode gekommen sei. Aus einem Bericht der Gewerkschaft Friedrich Hülshing geht hervor, daß Sebald auf schauerliche Weise zu Tode gequält worden ist. Die Gewerkschaft schreibt: Die Wohnung des Direktors Sebald lag am 22. März zwischen den beiden Fronten. Von den Spartakisten wurde wachstumsfähig beschaupelt, Sebald habe das Krillierfeuer der Reichswehrtruppen geleitet. Sebald wurde nun gezwungen, Munition an die Front zu schleppen. Während der Nacht wurde er in einen Schweineflak geperrt, am anderen Morgen dort herangezogen, mit Beiwerten und Mißgaben mißhandelt, sodann in ein nahees Wäldchen geschleppt, wo ihm mit einem Gewehrholzen der Schädel eingeschlagen wurde. Dann wurden ihm noch Handgranaten auf den Kopf gebunden und zur Explosion gebracht. Zwei der Täter sind festgenommen.“

Nun wurde in den letzten Tagen berichtet, daß sich unter den Führern der roten Armee recht viele Reichswehroffiziere befunden hätten. Ferner behauptete eine angelegene italienische Zeitung mit aller Bestimmtheit, daß die Bildung der roten Armee mit französischem Gelde wesentlich unterstützt worden sei. Treffen beide Meldungen zu, so enthielten sich uns selbstverständlich die nur zu imperialistischen und reaktionären Zwecken gesponnen werden. Der Umstand, daß Arbeiter in großer Zahl bei den Kämpfen fielen, daß aber von den Führern niemand verletzt wurde, daß diese, gleich dem famosen Mäurerhauptmann und Pseudokommunisten Götz im Boglande, glücklicherweise entkommen, läßt die Meldungen als glaubwürdig erscheinen. Die Arbeiter glauben, für die Freiheit zu kämpfen. In Wirklichkeit wurden sie von gewissenlosen Schufteln zur Schlachtpflicht geführt, um deren selbsthätigen Jock zu dienen. Darum, Arbeitsschaffenden, seht Euch die Leute genau an, die sich Führerrollen anmaßen!

Ein Buch über den Kommunismus.

Seit Ausbruch der Revolution ist viel über die Kommunismen geschrieben und geschrieben worden. Die Reaktion hat sich bemüht, diese ihre Gegenfüßler so schwarz oder biermelch so rot und blutrinzig wie möglich zu malen, und die Kommunismen selbst haben durch ihre Taten in England, Ungarn und München dazu beigetragen, daß sie der Bevölkerung nicht eben im günstigen Lichte erscheinen. Wo die Kommunismen zur Herrschaft gekommen sind, haben sie eine ebenso rückwärtslose, ja, eine noch rückwärtslosere Blutschuld auf sich geladen, wie sie früher im zaristischen Rußland üblich war. Allein mit der kommunistischen Lehre haben diese Dinge nichts oder höchstens so viel zu tun, daß sie für die Gegenwart die Unübersichtlichkeit der Kommunismen beweisen. Wer die Kommunismen richtig einschätzen will, der darf sich sein Urteil nicht allein bilden auf Grund der Auswärtigen, die die kommunistische Bewegung bis jetzt mit sich brachte, sondern er muß hindurchgehenden versuchen zu den Ideen, die der kommunistischen Bewegung zugrunde liegen. Anders man die Lehren der Kommunismen mit den kommunistischen Taten vergleicht, wird man am besten zu einer richtigen Beurteilung des Kommunismus kommen.

In vorigen Jahr ist bei der Brandenburger Verlagsbuchhandlung in Berlin ein Buch von Edward Balbi über den Kommunismus erschienen, das als hervorragendes Grundwerk der kommunistischen Lehre gelten kann, soweit dies bei der an und für sich sehr unvollständigen Darstellung der kommunistischen Bewegung überhaupt möglich ist. Der Verfasser überlegt, wie er in einem Wortwort bemerkt, das Buch der Öffentlichkeit, obwohl er selbst mit in den darin entwickelten Gedanken nicht übereinstimmt, sondern überzeugt ist, daß das kommunistische System scheitern muß, sobald es in die Wirklichkeit überzuführen versucht wird. Er überlegt es der Öffentlichkeit, weil er glaubt, daß man den seelischen Gehalt einer Bewegung auch dann kennen lernen müsse,

Edward Balbi. Der Kommunismus, sein Wesen, sein Ziel, seine Wirklichkeit. Grundzüge eines Systems der Gemeinwirtschaft. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Edward Bernstein. Brandenburger Verlagsbuchhandlung, Berlin V. 30. 1919. Preis 3,50 M.

wenn man ihn bekämpfen wolle. Diese Auffassung halten wir für richtig, und deshalb wollen auch wir hier über den gedankentiefen Inhalt des Buches von Balbi sprechen. Vorweg wollen wir aber über die Person des Verfassers einige Worte sagen:

Dr. Balbi war früher als Chefredakteur einiger bürgerlichen Zeitungen in Ungarn ein eifriger Anhänger und Verteidiger der Politik des reaktionären Usualmenschen Kápoli. Er hat sich dann aber rasch über den Materialismus zum Kommunismus hindurch entwickelt, dessen theoretischer Wortführer er in Ungarn und weit darüber hinaus geworden ist. Mit dieser raschen Entwicklung von der extremsten Rechten zur alleräußersten Linken ist Balbi ein gutes Sinnbild der kommunistischen Bewegung überhaupt. Deren Anhänger bestehen ja bekanntlich, wenigstens in Deutschland, zu einem sehr großen Teil aus Leuten, die in der Vorkriegszeit im Lager der Rechten und der schlimmsten Reaktionen standen und die nun durch den Krieg, einmal aufgerüttelt und aus dem gewohnten Geleise geworfen, gleich zur tablistischen Linken übergeschwenkten.

Die Grundursachen des Kommunismus.

Im ersten Kapitel seiner Schrift spricht Balbi von den Grundursachen des Kommunismus. Er führt die Grundursachen in der Gemeinsamkeit des ganzen Menschengeschlechts. Das ganze Menschengeschlecht betrachtet er als einen einzigen Körper. Balbi ist Philosoph und seine philosophische Lehre ist ein Gemisch von Buddhismus, Spiritismus und dem philosophischen und naturwissenschaftlichen Materialismus des vergangenen Jahrhunderts. Die Seelenwanderung, die Unsterblichkeit und die Einheit von Kraft und Stoff, sowie das Gesetz von Ursache und Wirkung begründet er auf wenigen Seiten seines Buches in geradezu klassischer Weise; allerdings, ohne sachlich etwas anderes zu sagen, als was vorher schon von den verschiedensten Philosophen gesagt worden ist: Der Mensch besteht aus Atomen und Elektronen, die sich aufbauen aus physikalischen und chemischen Stoffen. Sein Atom kann niemals verunstaltet werden. Es kann nur seine Form verändern. Was gestern Tier oder Pflanze war, wird morgen Baustoff des menschlichen Körpers, um übermorgen wieder aufzuflehen und erneut Baustoff einer Pflanze zu werden, worauf der Kreislauf aufs neue beginnt.

„Dies ist der Sinn der Seelenwanderung“, sagt Balbi, „dies die Geschichte des Menschen als irdischer Körper. Ich, der ich jetzt diese Lehre darlege, bin sicher darin, daß ich seit ewigen Zeiten lebe und ewig leben werde. Ich bin sicher darin, daß die Teilchen meines Körpers einstmals die Teile eines andern Menschenkörpers werden. Ein und dasselbe bin ich mit Königen und Leuten betragener Zahltausende. Ein Leben bin ich mit ihnen. Ihr Kind bin ich, ihr Elternteil bin ich, wenn ich einst zu Staub zerfallte, sich die Atome meines Leibes gestreuten, aber durch allerlei Veränderungen hindurch einst wieder Teile menschlicher Körper sein werden. Menschen kommender Jahrtausende sind meine Kinder. Die Atome vergangener Menschen leben im Leibe lebendiger Menschen und die Körperteile lebendiger Menschen werden im Leibe künftiger Menschen leben. Alle sind wir Brüder. Ich, ein gehetzter Baria der Gesellschaft, mag einst der Leib eines allmächtigen Pharao gewesen sein. Und ich, ein abstrakter Philosoph, mag einstens der Körper eines vor aller Dessenlichkeit stehenden Königs gewesen sein.“

Dies ist mit anderen Worten daselbe, was Giordano Bruno im 17. Jahrhundert sagte: „Was erst Same war, wird Gras, hierauf Brot, alsdann Brot, Nahrungsmittel, Blut, tierischer Same, Empfind, ein Mensch, ein Reichmann, dann wieder Erde, Stein oder andere Masse und so fort.“ Der was Schafepateur in einem seiner Dramen sagt:

Der große Kaiser, tot und beim Gedenken, verbleibt ein Loch wohl vor dem rauhen Norden. O daß die Erde, der die Welt geübt, vor Wind und Wetter eine Wand verbleibt.

Ebenso, wie die Menschen nach Balbi nur ein einziger Körper sind, sind sie auch nur eine einzige Seele, denn Leib und Seele sind nach seiner Meinung unsterblich und unteilbar, wie ja auch nach Auffassung des philosophischen Materialismus Kraft und Stoff unsterblich und unteilbar sind. Jede Handlung eines Menschen hat wieder Handlungen anderer Menschen zur Folge, so daß die ganze Menschheitsgeschichte eine ewige Kette von Ursache und Wirkung ist. Alle unsere Handlungen leben von jeder und werden für immer leben, und wie der Körper des Menschen im Laufe der Zeit übergeht in den Leib der übrigen Menschen, so vermetzt sich die Seele des einzelnen Menschen ständig zu einer allgemeinen Gemeinlichkeit. Jede Tat eines Menschen wirkt in ihren Folgen bis in alle Ewigkeit fort auf andere Menschen, und da der Mensch stets wieder in zukünftige Menschen übergeht, wird er auch seinen eigenen Taten immer wieder aufs neue begegnen. In dieser allgemeinen Gemeinlichkeit liegt nach Balbis Meinung die Kraft des Kommunismus. „Eine ineinander verbundene Seele sind wir Menschen. Die ganze Menschheit ist ein Leib und eine Seele“, sagt er.

Es liegt etwas Religiöses in diesen Gedanken, wie denn die ganze kommunistische Bewegung einen stark religiösen Einschlag hat. Ohne diese religiösen Einschlag wäre die Lehre von der Seelenwanderung des Kommunismus in England und Ungarn sowie der Pantheismus und die Opferbereitschaft der wirklichen Kommunismen für die von ihnen als richtig angesehene Sache nicht denkbar. Für Balbi ist denn auch der Kommunismus keine Sache der Wissenschaft, sondern eine Sache des Glaubens. „Darum glauben an den Kommunismus, den ich Euch verkündige“, sagt er, „wie an eine

neue Religion." Wobei man sich nur darüber wundern muß, wie ein Mann, der nach der heutigen Seite an Seite mit dem reaktionären Gewaltmenschen Kjafo so rasch und so gründlich zum Kommunismus bekehrt wurde, daß er heute von den Massen den unbedingten Glauben an seine kommunistischen Lehren verlangt. Inwiefern auch Paulus ist ja rasch erleuchtet und dann zum Apostel und zum Wörtredner für den christlichen Glauben geworden.

Die Sittenlehre des Kommunismus.
Das Ziel des Nationalen Kommunismus ist das höchste Glück des einzelnen Menschen durch die Organisation der Gesamtheit oder, wie Pauli sich ausdrückt: "Das Ziel der Entwicklung ist, um den Preis von so wenig Schmerz wie möglich so viel Glück wie möglich zu erreichen." Auf dieses Ziel ist auch die Sittenlehre Paulis eingestellt. Während sich das christliche Sittengesetz in dem einen Satz ausdrücken läßt:

Was Du nicht willst, das man Dir tu,
das füg auch keinem andern zu!

hat Pauli das oberste Sittengesetz wie folgt formuliert: "Handle immer derart, daß, wann immer und in welcher Form immer und unter welchen Umständen immer Du auch den Folgen Deines Handelns wieder begegnest, diese für Dich um den Preis des möglichst geringen Schmerzes das größtmögliche Glück ergeben." Dieses Sittengesetz ist in seinem Ziel von dem kantischen Sittengesetz — Handle stets so, daß die Maxime Deines Willens jederzeit die Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung sein könnte — nicht allzu sehr verschieden. Während aber das kantische und das christliche Sittengesetz vom Menschen das Gute um des Guten willen fordern, wendet sich Pauli mit seinem Sittengesetz an die Selbstsucht der Menschen. Der Mensch soll so handeln, daß ihm die Folgen seines Handelns, wo und wann er ihnen immer begegnet, stets um den Preis des möglichst geringen Schmerzes das größtmögliche Glück einbringen. Dieses heißt aber Pauli nicht als Selbstsucht an, denn da ja die ganze Menschheit durch das ganze Weltgesetz hindurch ein Leib und eine Seele ist, tut jeder das, was er für sich tut, zugleich auch allen Mitmenschen, und umgekehrt tut jeder, der andern Böses oder Gutes tut, dieses Böse oder Gute auch für sich selbst.

Diese Begründung des Nationalen Sittengesetzes hört sich zwar wunderbar an, leider wird aber dieses Gesetz in absehbarer Zeit ebenjenseitig befolgt werden, wie bis jetzt das christliche Sittengesetz befolgt wurde, und daran wird auch der Kommunismus scheitern. Der Verleger des Buches drückt diese Bedenken in seinem Vorwort in folgenden Worten aus:

Es erscheint mir mehr als zweifelhaft, daß die Qualität der Menschheit durch den Kommunismus herab gezogen werden kann, daß das Individuum seine Eigeninteressen dem Gemeinsein unterordnet. An dieser unbedingt notwendigen Voraussetzung scheitert das System und wird zur Theorie. Zugegeben, daß wirtschaftlicher Eigennutz durch den Kommunismus eine starke Milderung erfährt und daß infolge hierdurch die materielle Kriminalität (Diebstahl, Eigentumsverbrechen, Raubmord usw.) wesentlich zurückgeht, so gibt es doch andere Leidenschaften, die mit dem Götze nichts zu tun haben. Als neues nur Reich, Macht, Ehrgeiz, Eitelkeit, Sexualität, die selbst durch die stärkste wirtschaftliche Organisation nicht ausgeschaltet sind und ewig trennend zwischen den Menschen stehen werden. Und wenn der Kommunismus behauptet, daß ein ethischer Gehalt die Qualität des Menschen bessern werde, so bleibt dem entgegenzuhalten, daß die Religionen: Judentum, Christentum, Islam, seit Jahrtausenden die höchsten ethischen Werte verkörpert und doch von dieser Ethik im allgemeinen wenig Gebrauch gemacht worden ist.

Im übrigen wendet sich Pauli gegen die allgemeine Freiheit und Gleichheit, die einander ausgleichen, weil die absolute Freiheit Anarchie, die absolute Gleichheit aber Sklaverei bedeute. Der Kommunismus könne weder schrankenlose Freiheit, noch unbedingte Gleichheit geben. Er müsse beides beschränken zur Erreichung des höchsten moralischen Zweckes, des möglichst großen und mit möglichst wenig Aufwand zu erzielenden allgemeinen Glückes.

Die Wirtschaftskunde des Kommunismus.
Wie die Sittenlehre, so ist auch die Wirtschaftskunde des Kommunismus auf die Erreichung des durchsichtlichen größten Glückes eingestellt. Wo der Kommunismus zur Erreichung des durchsichtlichen größten Glückes nicht geeignet ist, dort hört nach Pauli seine Berechtigung auf. Pauli glaubt nun, daß durch die kommunistische Wirtschaft mit der möglichst geringen Mühe die Lebensbedürfnisse des Menschen auf das Beste zu befriedigen seien. Wie die Sozialisten, so sind deshalb auch die kommunistischen Anhänger der organisierten Gemeinwirtschaft und Gegner des Privateigentums an Produktionsmitteln, weil dieses Privateigentum aus der Aneignung von fremdem Reichtum und somit aus der Ausbeutung von Menschen durch andere Menschen besteht. Jedoch sind auch die Kommunisten nicht Gegner des persönlichen Eigentums, soweit dieses Eigentum nicht aus der Ausbeutung anderer Menschen stammt oder zur Ausbeutung anderer Menschen verwendet wird. Pauli glaubt sogar, daß in der kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter durch große Sparlichkeit zu großem, persönlichem Eigentum kommen könne. Immer wieder betont er, daß der Kommunismus kein Selbstzweck sei, sondern nur ein Mittel zu einem die Menschen durch ihn zu weniger Glück gelangten. Wobei nur wieder zu bemerken ist, daß der Kommunismus, wo er bis jetzt zur Herrschaft gelangt, dieses Glück nicht zu schaffen vermochte, sondern nur Unflut und Elend über die Völker brachte.

Das Rechtssystem des Kommunismus.

Das Rechtssystem des Kommunismus beruht, wie das Sozialismus, auf dem Recht zum Leben und auf der Pflicht zur Arbeit. Die Natur teilt jedem Menschen ihre Gaben zu. Da aber diese Gaben nur zu Verbrauchsgütern werden durch Arbeit, so soll jeder Mensch nur nach Maßgabe seiner Arbeit ein Recht zum Leben haben. Wer infolge seines Alters oder aus andern Gründen nicht arbeiten kann, soll gleichwohl Anspruch auf ein allgemeines Existenzminimum haben. Wer aber die Gergabe seiner Arbeitskraft zur Ruhbarmachung der Naturgaben verwendet, soll er zur Arbeit in der Lage ist, hat das Recht zum Leben verliert.

Pauli stellt den Staat als Mittel der Selbstverwaltung und Weiterentwicklung der Einzelpersonen an und hält es für richtig, daß er zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Ordnung und zur Dedung der Selbstverpflichtungen von den Mitgliedern der Gesellschaft Steuern erhebt. Da der Staat gegenüber der Einzelpersonlichkeit das Allgemeinwohl vertritt, hält Pauli es für richtig, daß der Staat nicht darauf achtet, was für den Einzelmenschen gut ist, sondern darauf, was das Wohl der Allgemeinheit ergibt. Das Wohl des Einzelmenschen muß deshalb nach seiner Meinung stets hinter das Wohl der Allgemeinheit zurücktreten. Der Staat hat jedem Menschen, der sich seiner Arbeitspflicht nicht abspflichtig entzieht, ein Existenzminimum zu gewährleisten. Ueber dieses Existenzminimum hinaus soll jeder

Am 24. April ist der 17. Beitrag fällig.

Mensch entsprechend seiner Tätigkeit in der Gesellschaft noch ein besonderes Recht aus den Erträgen der Arbeit haben. Es soll also nicht der Tätigste und Unfähigste, der Fleißigste und der Faulste gleich entlohnt werden.

Die praktische Durchführung dieser Gedanken denkt sich Pauli kurz wie folgt: Es ist ein allgemeiner, volkswirtschaftlicher Kataster anzulegen, in dem jeder Produktionsfaktor amtlich verzeichnet wird. Jeder bestehende Betrieb hat beim Katasteramt seine gesamte Betriebsbezeichnung anzumelden, ebenso jede Veränderung der Einrichtung. Er hat ferner anzumelden die an der Produktion teilnehmenden Personen und die von ihnen empfangenen Vorläufe, die bearbeiteten Rohstoffe sowie die angefertigten und verkauften Waren. Aus dieser Bilanz sollen dann der erzielte Mehrwert und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes sowie die notwendigen Betriebsbezeichnungen festgesetzt werden. Das volkswirtschaftliche Katasteramt soll auch das wirtschaftliche Existenzminimum der Kopf- und Handarbeiter und ihrer Familienmitglieder festsetzen, ebenso die über das Existenzminimum hinausgehenden besonderen Prämien und Arbeitszulagen für die Arbeiter und die Arbeitsentlohnung für die Leiter der Betriebe nach Maßgabe der erzielten Arbeitsüberschüsse. Von den dann verbleibenden Ueberüberschüssen soll der Staat zunächst seine Steuern erheben und den Rest soll er an die Produktionsbetriebe als Sonderentlohnung verteilen. Ein Betrieb, der die notwendigen Erträge nicht hinlänglich hervorbringen kann, soll als unwirtschaftlich eingestellt werden.

Das Strafrecht des Kommunismus.

Das Kapitel über das Strafrecht des Kommunismus in dem Nationalen Buch zeigt besser als andere Kapitel, wie weit die kommunistische Theorie von der Wirklichkeit entfernt ist. Nach Pauli kann der Mensch auf dreierlei Weise sündigen: 1. Indem er sich und andern weniger Glück verschafft als möglich wäre, und 2. indem er sich auf Kosten von mehr Leiden anderer mehr Glück verschafft. Im ersten Fall sündigt der Mensch gegen die Gesellschaft, indem er seine sittliche Pflicht nicht erfüllt. Im zweiten Falle verleiht er Privatrechte. Die Sünde erstreckt sich entweder aus Unwissenheit infolge mangelhafter gesellschaftlicher Einrichtungen, oder infolge geistiger Reiden. Die Sünde, die aus Unwissenheit entsteht, darf nicht bestraft werden. Bestraft werden darf nur, wer sich als Straftat nicht heilen lassen oder wer als Unwissender nicht lernen will. Aber auch diese Menschen dürfen nicht etwa ins Gefängnis gesetzt oder der wirtschaftlichen Arbeit entzogen werden. Vielmehr kann die Strafe des Verbrechens darin bestehen, daß man ihn auf das Existenzminimum setzt, daß er also das Ergebnis seiner Sünde nicht bekommt, oder darin, daß man ihn zur Verrichtung unangenehmer Arbeiten anstellt. Die Todesstrafe ist in keinem Falle statthaft.

So ist die kommunistische Theorie. Und die Wirklichkeit? In der Wirklichkeit sitzen im kommunistischen Nährboden die Gefährnisse so voll wie sie nur jemals während der Jarenberührung voll gewesen haben. Zu Tausenden wurden Gegner der Kommunisten auf den Sandhaufen gestellt, zum Teil ohne Verhörverhandlungen, oder auf Anordnung der außerordentlichen Kommission in den Gefängnissen und in den Kellern der Gefängnisse niedergeschlagen. In Mailand waren es nicht viel besser, und die diebische Hinrichtung unglücklicher Geiseln in München zeigt, wessen auch das geistige Führer des Kommunismus geben gern zu, daß die geistigen Führer des Kommunismus dieser Gruesdarten fernhalten und sie nicht sündigen. Aber daß sie überhaupt vorkommen, daß sich unter der kommunistischen Herrschaft Menschen der Führung bemächtigen konnten, die in so schrecklicher Weise ihrer Moraltät und ihren niedrigen Instinkten die Zügel schießen ließen, ist schon Beweis genug, daß jedenfalls heute und in absehbarer Zeit die kommunistischen Theorien nicht zu verwirklichen sind, weit dazu die psychologischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen fehlen.

Italienisches.

Obwohl der Bericht über den Kongreß der italienischen Bauarbeiter in Nr. 15 des "Grundstein" sich weit über den sonst üblichen Rahmen erstreckte, war es doch nicht möglich, damit alle jene Kollegen zu befriedigen, die sich für das Zustand und seine Arbeiterbewegung interessieren. Da, was sagen die Italiener; schimpfen sie auch über die Deutschen? "Wie ist das Leben dort; gibt es genügend zu essen?" Solche und ähnliche Fragen wurden in großer Anzahl an mich gerichtet, und ich will versuchen, heute einen Teil davon zu beantworten.

Wiso: Die Fahrt ging durch Tirol über den Brenner, der jetzt, weil er "italienisch" geworden ist, auch noch den Namen "Brennero" führt. Gepäd- und Bahnbreite sind gleich im Wagen und verpacken dem, "der nichts hat", wenig Umstände. Das Personal des Staates, Gendarmen, Post- und Eisenbahnbeamte, spricht deutsch, und Markant in deutscher Sprache bekommt man auch noch vom Bahnhofsportier in Trient. Aufsteigend haben die italienischen Soldaten, die als Besatzungstruppen in Südtirol weilen, und ebenso die italienischen Beamten Anweisung, gegenüber der deutschen Bevölkerung höflich und korrekt aufzutreten. Wichtig, daß zu Beginn der Befragung eine solche Anweisung nötig war. Heute, davon bin ich überzeugt, braucht sie nicht wiederholt werden; denn jetzt ist man in Italien deutschfreundlicher als je. Mein Nachbar im Eisenbahnwagen, ein noch junger Mann, wollte wissen, aus welcher Gegend Deutschland ich komme. "Ich habe auch schon in Norddeutschland gearbeitet. Wenn es möglich wäre, würde ich gern wieder hinausgehen; man leidet gut in Deutschland und man hat es ausgezehret gefahren", sagte er mir, als ich seine Frage beantwortet hatte. Mein Gegenüber, der Vorsitzende einer Genossenschaft in Brescia, erbot sich in freundlicher Weise, mir beizugehen, um zu sehen, ob beim Umsteigen den richtigen Zug nicht verfehlt. Kaum hatte ich im Schnellzug, der mich nach Mailand bringen sollte, Platz genommen, fragte mich ein Herr, ob ich auf der Messe in Leipzig recht viel gekauft habe. Er hatte mich auf der Fahrt wiederholt gesehen und glaubte, daß ich gleich ihm ein Messebesucher sei. Gesprächsgegenstände untrüglichen, und ich wurde kaum fertig, alle ihre Fragen zu beantworten.

An all diesem Elend, in dem jetzt die europäischen Völker leben, sind die Franzosen schuld! und "sie (die Franzosen) sollten endlich die verurteilte Idee von der großen Kriegsgeldentlohnung lassen lassen" — wenn sie von Deutschland etwas haben wollen, dann sollen sie dafür sorgen, daß es ihnen gelte und arbeiten kann" — wenn Deutschland nicht arbeiten kann, geht es um alles scheidet! — so schürten die Reden durcheinander. Ein alter Herr zeigte mit einem Fieberzittern über 2½ Millionen Lire, den er mit deutschen Firmen abgekauft hatte; kurzum, der italienische Kaufmann rechnet damit, daß der frühere Geschäftsverkehr bald wieder aufgenommen werde. Italien hat Mangel an Waren, die nach Meinung der Kaufleute nur Deutschland liefern kann.

Meine Mitreisenden, die trotz ihrer Neugierde nicht erfragen hatten, in welchen Verhältnissen ich reise, schickten auf meine Frage die große Mahnung: in allen größeren Städten Italiens, mich dabei aufzuerhalten, was ich erleben sollte, werde, jetzt nach Mitternacht in Mailand noch ein Zimmer zu finden. Zu siebenbürgischer Weise geben sie gute Ratssätze, auf jeden Fall aber rieten sie mir ab, zu Fuß zu gehen oder gar bis zum Morgen auf der Straße zu bleiben; denn die neuen Mailänder Straßen so ungesund geworden wie jetzt, und Staubansätze gehören zu den lästigsten Vorkommnissen. Die guten Ratssätze und meine früher erworbenen Ortskenntnisse trugen dazu bei, daß ich letztendlich in einem Hotel kam. Auf einem Dinamo im Korridor verbrachte ich den Rest der Nacht; dafür bezahlte ich 11 Lire (der Geldwechsler am Bahnhof in Innsbruck hatte mir für 100 18 Lire gegeben).

Es soll hier nicht geschildert werden, wie groß die Freude über das Wiedersehen bei den alten Freunden und mit mir war; aber einiges von dem, was sie erlebt haben, will ich hier erwähnen. Als im Mai 1915 das staubige italienische Treiben in Italien mit voller Kraft einsetzte, ist es dort zugegangen wie anderwärts auch; vieleicht etwas temperanter, voller als in Deutschland. Aber nicht mit über die Barbaren schimpfte und Zweifel an der Wahrscheinlichkeit der Entente-Prese äußerte, der war ein verkappter Telesko und wurde mit all jenen geschäftlichen Mitteln bestraft, die nur einem nationalitätlich gerichteten Sinn entspringen können. Dessen ungeachtet haben alle jene, die Deutschland mit eigenen Augen kennen gelernt und sich darüber, was dort gut und was schlecht war, ein Urteil gebildet hatten, dem staubigen Instinkt fern abgehakt. Die sozialistische Partei, welche die Arbeiterbewegung in Italien zum ersten Mal damit verknüpfen schiedeneilen schämte, zum ersten Male an. Dabei ist es unglückliche Male geschahen, daß einige über Deutschland durch Gegenüberstellung der Wahrsicht bestraft werden mußten, und dafür wurden die sozialdemokratische Partei und der "Avanti" als im Bündnis mit Deutschland und Österreich stehend, in unglücklicher Weise bestraft. Bei uns in Deutschland ist auch mancher Sozialist zu 2 oder 3 nationalitätlichen Weilen gekommen, als zu Beginn des Krieges diese Dinge verteilt wurden. Die Folge war, daß allerlei lächerliches Zeug angestellt wurde. So soll es in Italien auch hergegangen sein. Ein Sozialist hielt es für bewacht, und gerade von solchen Reuten sollte die Arbeit in Deutschland und seine Arbeiterkraft sehr gut kommen. Dieser Schatz ist hinten hinausgegangen; die Kundgebung wurde gegen wenige, wenn ich mich recht erinnere, 2 Stimmen

abgelehnt. — Wenn ich nun noch erwähne, daß ich dafür, daß ich in einer Verfassung streifenber Arbeiter...

Daß in Italien gestreift wird, legt uns nahe, einige Betrachtungen über die Lebenshaltung der Arbeiterklasse anzustellen.

Table with 4 columns: Item, 1912, 1919, 1918, and Difference. Rows include Brot, Weizenmehl, Reis, etc.

Auf einer anderen Tabelle zeigt das statistische Amt Mailands eine Bodenrechnung über den Lebensunterhalt einer Familie...

Table with 3 columns: I, II, III. Rows include Lebensmittel, Kleidung, Wohnung, etc.

Die betraglich festgelegten Stundenlöhne (Mindestlöhne) betragen in Mailand für Maurer 2,60 Lire, Lehrsinger 2,30 Lire, Bauhilfsarbeiter 1,70 Lire...

Zum Verbandstage.

Der Verbandstag soll nicht Sonntag, den 9., sondern schon Sonnabend, den 8. Mai, nachmittags 3 Uhr, eröffnet werden.

Tagungsort ist der kleine Saal der Festhalle im Stadtgarten. Die Festhalle liegt in der Nähe des Hauptbahnhofes.

Die Delegierten werden hiermit ersucht, umgehend dem Kollegen August Philipp, Karlsruhe, Wilhelmstr. 47, ihre Wünsche über Wohnung usw. mitzuteilen.

Der Verbandsvorstand.

Die Funktionen der gewerkschaftlichen Organisation übernehmen. Wie wir schon im Bericht über den Kongreß erwähnten, wurde die Betriebsrätefrage dem Verbandsvorstand zum Studium überwiesen...

auser auf ihre eigene Kraft auf die tatkräftige Mitarbeit aller Verbandskollegen und auf die Unterstützung der Arbeiter und Angehörtenverbände.

Für Auswanderungslustige.

Die Erkenntnis, daß unter dem Druck des Friedensvertrages von Versailles Deutschland nicht in der Lage ist, seiner jetzigen Bevölkerung Arbeit und Nahrung zu geben...

Gründung weiterer Genossenschaften.

Die Generalversammlung unseres Bezirksvereins Geln löste am 14. März den einstimmigen Beschluß, eine Produktionsgenossenschaft ins Leben zu rufen.

Nachdem in Russland die Bolschewisten das große Reich fast vollständig beherrschen, hätte man erwarten müssen, daß sie deren Bürger meist recht lange die Gaskammer...

Die Genossenschaft hofft, in alternativer Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen zu können. Die finanziellen Voraussetzungen hierzu sind erfüllt.

An Anbetracht des für Russland gezeigten Interesses der deutschen Arbeiterpartei, sehe ich mich gezwungen, öffentlich zu warnen vor Plänen, die sich damit befaßten, eine Auswanderung nach Russland zum Zwecke...

gefaßte Organisation, wenn nicht allgemeine Räumlichkeit wenigstens in dieser Frage endlich einmal an die Stelle leistungsfähiger Räumlichkeiten tritt und davon ausgehend eine beiderseits klar durchgeführte Verständigung endlich als notwendig erkannt wird, so werden wir zu nichts kommen. Ich glaube berechtigt zu sein zu der Forderung, daß unerbittlich von allen schon bestehenden Organisationen in eine allgemeine Beratung eingetreten wird, ganz gleich, ob eigene Organisationen schon zu Sonderabkommen gelangt sein sollten oder nicht. Wenn nicht die Bildung einer Gesamtorganisation auf der Grundlage einer Arbeits- und Lebensgemeinschaft erstrebt werden soll mit Rücksicht auf den deutschen Wirtschaftszustand zur Lösung seiner Funktionsfähigkeit, so ist das ein bedauerlicher Beweis für eine fast ungläubliche Unfähigkeit zu großzügiger Arbeit auf der Seite derer, die ein Wort zur Führung der Arbeiterschaft sich anmaßen. Alles handelt sich um die Frage der kleinen Gruppe, aber die Worte 'Arbeit und Denken' scheinen nicht hoch im Kurse zu stehen. Wir rufen, wir warnen! Es wird Zeit, daß wir Vernunft annehmen.

Otto Perch,

Stellvertreter des deutschen Arbeiterrates in St. Petersburg.

Diese Warnung bestätigt das, was wir vor einiger Zeit in einer kurzen polemischen Bemerkung ausgesprochen. Auch die Kräfte der Weimarer Republik sind zuerst national in dem Sinne, daß sie für sich sorgen. Sie denken gar nicht daran, den neuvertrübenden Einwohnern in großer Zahl eine neue Heimat zu gönnen, mit diesen zu teilen. Sie befürchten offenbar eine Schwächung des Eigenen, wenn in ihrem Lande einige Millionen Deutsche fest angeheftet würden. Das erregt ihre Mißtrauen. Hochqualifizierte deutsche Arbeiter sind ihnen vorübergehend als Ausbeutungsmittel willkommen. Wenn die große Masse des deutschen Volkes ihre Hilfe nötig hat, dann kann sie Resolutionen oder Literatur oder schließlich auch Propagandisten bekommen. So sieht die russische Internationalität aus!

Möbelbeschaffung auf gemeinnütziger Grundlage.

Im „Grundstein“ ist in den letzten Monaten viel über Wohnungsnot, die Verteuerung der Wohnungen durch Steigerung der Baukosten und über die Mittel zur Abhilfe durch gemeinschaftliche Regelung der Produktion geschrieben worden. Es mag nützlich sein, auch einmal das zu behandeln, was zur Ausstattung der Wohnungen gehört: Möbel und sonstiger Hausrat.

Auf diesem Gebiet ist während des Krieges fast der gleiche Mangel entstanden wie auf dem Wohnungsmarkt selbst. Die Tischlerarbeiten arbeiteten fast ohne Ausnahme für den Heeresbedarf; die Möbelproduktion wurde, weil sie nicht genügend Gewinn abwarf, als nicht lohnend zurückgestellt. Altanhänger kauften aus den aufgelassenen Haushalten alles Erreichbare an Möbeln und sonstigem Hausrat auf. Als dann der Krieg zu Ende war und die vielen Kriegsgelassenen Haushalte eingerichtet begannen, und als ferner die Zahl der Ehebeschäftigten von Woche zu Woche stieg, gab es in Deutschland bald eine gewaltige Möbelnot. Die Zahl der notwendigen Wohnungseinrichtungen wurde am Ende des Krieges auf 600 000 geschätzt. Wie immer die Preise steigen, wenn die Nachfrage nach Ware irgendwelcher Art größer ist als das Angebot, so hatte auch der Mangel an Hausrat eine starke Steigerung der Preise zur Folge. Die Waren- und sonstigen Hausratshändler hatten ja auf ihre Waren ein Monopol und konnten einfach die Preise diktieren.

Dieser Zustand war um so unerträglicher, als die meisten der jungen Ehepaare ganz oder nahezu mittellos waren, also den nötigen Hausrat nicht erwirklichen konnten. Das hat dazu geführt, daß man auf Abhilfemaßnahmen sinnen mußte. In verschiedenen Orten stellte man aus den Brockenansammlungen Wohnungseinrichtungen zusammen, richtete Hausratansammlungen ein und erdörerte auch die öffentliche Bewirtschaftung der alten Möbel. Alles das hat aber zu keinem wesentlichen Erfolg geführt. Die Preissteigerung für alte und neue Möbel war ganz gewaltig.

Da die Gefahr bestand, daß sich die Möbelhändler zu Ringen zusammenschlossen und die Preise noch weiter in die Höhe trieben, ging man schließlich zur Gründung gemeinnütziger Organisationen über, die die Herstellung von neuen Möbeln entweder selbst betreiben, oder anregen, oder deren Absatz durch feste, große Aufträge an leistungsfähige Fabriken oder Handwerker vermitteln sollten. Diese Bestrebungen sind sowohl von einzelnen Staaten und Kommunalverbänden als auch von privaten Genossenschaften und den Industriellen usw. gefördert worden.

In einer Schrift von Dipl.-Ing. Erich Leyser* werden diese Bestrebungen an dem Berlin-Brandenburger Werkbund kurz dargestellt. Zugleich wird über die Erfolge berichtet. Der „Hausrat“, gemeinnützige Gesellschaft zur Beschaffung von Möbeln für Wohnzwecke in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg, wurde Ende 1917 auf Veranlassung des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe unter Mitwirkung des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen gegründet. Gesellschaften sind außer der Provinzialverwaltung der Provinz Brandenburg eine große Anzahl von Städten und Gemeinden sowie eine Reihe von

* „Hausrat“. Die Beschaffung preiswerter Hausrats für Kriegsgelassene, Kriegsbeschädigte und findereidige Familien durch gemeinnützige Anstalten von Dipl.-Ing. Erich Leyser, 2. Auflage, Verlag der „Bauwelt“, Berlin. Diese Schrift ist leider infolgedessen mangelhaft, als der Verlag zu ihrer Verteilung anscheinend kein geeignetes Papier zur Verfügung hatte. Die Bilder sind infolgedessen nicht genügend klar. Die erste Auflage der Schrift war in dieser Hinsicht besser.

Industriefirmen. Zweck der Gesellschaft ist die billige Beschaffung von guten und möglichst preiswerten Möbeln für Wohnzwecke, wobei gleichzeitig eine Erhebung des guten Geschmacks angestrebt wird. Die Möbel werden zu einem Preise verkauft, der dem Fabrikpreis zuzüglich eigener Geschäftsanteile und einem Aufschlag für etwaige Ausfälle entspricht. Die Gesellschaft gibt auch Möbel gegen Teilzahlung an, und versucht auf diesem Wege, die Käufer gegen Verführung durch private Abzahlungsstellen zu schützen. Bei Abzahlung muß mindestens ein Drittel angezahlt werden. Der Rest ist in höchstens 24 Raten zu tilgen. Im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. können die Ratenzahlungen gestundet, unter besonderen Umständen auch ganz erlassen werden. Um zur pünktlichen Ratenzahlung zu erziehen, ist die Bestimmung getroffen, daß im Falle gewissenhafter Entrichtung die letzte Rate in Höhe von 6 vom Hundert der Gesamtsumme erlassen wird. Im Falle des Todes des Ehepartners wird der hinterlassenen Ehefrau jede weitere Ratenzahlung erlassen, so daß die Möbel in das unbeschränkte Eigentum der Witwe übergehen. Bei Verzögerung erhält der Käufer einen Abzatt von 10%.

Nebenbei ist bei der gemeinnützigen Gesellschaft in Berlin nur die Verteilung der Möbel, der Möbelhandel auf gemeinnütziger Grundlage organisiert, nicht auch die Herstellung. Gesehelt werden die Möbel nach wie vor nach wie vor hat, die Arbeiter zu Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschließen, um durch Arbeitsteilung einen zweckmäßigen Arbeitsgang und eine Vertiefung der Arbeit herbeizuführen. Es sollte sehr erwogen werden, ob nicht durch Einrichtung sozialistischer Betriebe eine weitere Vertiefung der Möbel zu erreichen wäre.

Von den Möbelpreisen bei der gemeinnützigen Gesellschaft wird in der Schrift gesagt, daß sie zwar bedeutend niedriger als im freien Handel seien, aber infolge der hohen Arbeitslöhne sowie der hohen Preise der Holz-, Lack- und Teile doch noch um das Vier- oder Fünffache höher als im freien. Williger als in Privatgeschäften werden insbesondere die auf Abzahlung gestellten Möbel sein; denn die privaten Abzahlungsstellen nehmen nach ihren eigenen Angaben in der Regel Aufschläge von 120 bis 150%. Richtig hat gegen ein Gericht auf Grund eines Sachverständigenurteils einen Aufschlag von 235% als berechtigt erklärt.

Nach dem Muster der Berlin-Brandenburger Gesellschaft ist in den letzten Jahren eine ganze Reihe weiterer Gesellschaften in Deutschland gegründet worden, wobei in den meisten Fällen Staat, Gemeinde und Privaten zusammenwirken. Für Baden ist zum Beispiel der Badische Bauhand und die Organisation, während das Kapital von rund 1 1/2 Millionen Mark vom Staat, von Kreisen, Gemeinden, der Landesversicherungsanstalt, gemeinnützigen Bauvereinigungen, vom Roten Kreuz, der Handels- und Handwerkerkammer sowie von Industriellen usw. zur Verfügung gestellt ist. Das Kapital wird nur mit 4% verzinst. Die bayerische Hausrats-Verwaltung hat ein Kapital von rund 1 Millionen, das Staat, Gemeinde, Gewerkschaften, Banken, Industrielle usw. gegeben haben. Es wird mit 5% verzinst. Staat, Gemeinden und Privaten haben auch den Schwäbischen Bürgerheim, Hausratbeschaffung o. b. n. b. in Stuttgart 800 000 M. sowie 750 000 M. Kredit zur Verfügung gestellt.

Die gemeinnützige Hausratbeschaffungsorganisation will versuchen, die Möbelbeschaffung wenigstens für einen Teil der Bevölkerung auf einer gemeinnützigen Grundlage zu regeln. Man sollte auf diesem Wege fortfahren bis zur Volksozialisierung der Möbelherstellung und der Möbelverteilung.

Gefahr ringsum!

Genossen! Ihr habt den Weg zur Einheit wieder gefunden. Ihr habt gezeigt, daß ihr im Gedankensinn des Massenbewusstseins wieder markieren könnt, wenn ihr nur wollt. Nur wollen braucht ihr und Euer leuchtendes Drahnen macht die Feinde ringsum wieder stumm. So stumm, wie damals in den Novembertagen 1918. Die Not lehrte uns schon den Massenbewusstsein. Die Not machte uns groß und stark. Aber nicht so stark, um der Menschheit aus eigener Kraft das Unheil, den Krieg, erproben zu können. Der Krieg rief viele der Besten aus unserer Mitte, entfremdete sie der Heimat und der Menschheit. Viele kamen nicht mehr zurück, andere kehrten zur Heimat zurück, trant an Leib und Seele. Es war die Zeit, in der unser einflussiger Massenbewusstsein seinen Anfang genommen hat. Viele von den einflussigen Genossen folgten in dieser Zeit einem Seitenpfad ein, weil sie glaubten, der sei fester und führe eher zum Ziel, führte hinaus aus den Niederungen des Glendes, der Not, bringe Licht und Freiheit für das darbenende Volk. Da waren unsere unheimliche Schritte Markt für die Arbeiter, für unsere Feinde. Es öffnete ihr Irrengehirn, um einen auf den andern wälzen, um so mehr waren unsere Feinde der Freude und des Jubels voll. Sie sahen im Geiste die Zeit heranzukommen, da sie wieder ihre Herrschaft errichten könnten, daß das Volk wieder ihre Herrschaft erdulden würde. Wir selbst trugen viel zu dieser Hoffnung bei. Gleichwohl doch mancher, sein nächster oder grimmigster Feind sei der Genosse, der weiter rechts oder links von ihm stand. Die Wege zu unserer Zeit, die wir nicht die Arbeit betreiben, nicht das gleiche? Wollen wir nicht die Arbeit betreiben, die eben geschehen, ihre Würde verteidigen, sie auf den Herrscher haben, auf daß die Menschen, die arbeiten, zu den Herrschern gehören, daß der Herr nicht arbeitet, zu verachten ist? Unser aller Ziel? Die Arbeit, die den Menschen sollen den Menschen gehören, die den Samen des Streuen und den Baum pflanzen, bis er fruchtbar trägt. Immer getreu des Wortes: Wer nicht säet, loht auch nicht ernten!

Ihr seht, Genossen, wir wollen das gleiche. Es steht uns nur die Möglichkeit, es einander zu sagen. Der Grimm der Krieg- und Notjahre hat sich in den Herzen angereichert. Das Herz ist zum Berstigen voll, wird endlich noch voller. Und so sind die Worte, die Euren Mund entfließen, Feuerbrand, voll Anklagen wider die Not, qualvolle Schreie des Gelfenmüllens und nicht können. Aber dieser Feuerbrand greift um sich, frisst die jungen Gemüter an. Gemüter, die bis heute nicht Zeit fanden, die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu begreifen. Die jungen Gemüter, obwohl oft älter an Jahren, aber für unsere soziale Bewegung leider nur zu jung, tragen Eure Feuerbrände hinein in die Volksmassen und rücken oft die Bewegung an, so daß die Flamme der Bewegung sich allseitig verbreitet, statt eine Leuchte des Sozialismus zu sein.

Aber aus all den Tönen, sei es des Wortes, des Massenbewusstseins oder der Feuerbrände, erklingt als Leitmotiv: Einig Euch, ehe es zu spät ist! Es muß für Euch, die ihr es ehefrisch mit untern Weidern und Schwelgern meint, das verheißungsvolle Wort auf Eures Handelns sein. Werdet von Euch ab das Schicksal, das immer die Anklage enthält. Die Massen wären sich einig, nur die Führer nicht. Wollten, ihr Massen! Habt ihr es nicht in Eurer Hand, den Führer, der sich der Einigung entgegensetzt, zu befeitigen? Habt ihr nicht das Recht zu sagen: Das ist mein Weg, meine Idee ist abgelehnt. Aber ihr seht es, so zu handeln. Nur müßt ihr gerecht in Euren Anteil sein, so gerecht, als ihr es für Euch selbst verlangt. Sind dann die Führer, die die Einigung hindern, befeitigt, so dürft ihr Euch nicht wieder abwärts wenden, Euch nicht am Wegrand aufstellen, dürft nicht teilnehmend zurückbleiben, wenn Massen wieder an Euch vorbeiziehen wie ebedem. Dann müßt ihr Euch angedern zum bedehmenden Massenbewusstsein, müßt Euch anfindern das bindendes Glied zum Ganzen. Dies kann und muß jeder von seinen Genossen verlangen. Der vorangeht und Euch den Weg zeigt, das ist der Führer. Aber die Führer müssen nicht werden, wenn sie sich am Aufwärtspfad entgegenstellen. Dürft nicht zögern und kleinmütig werden, wenn nicht mit klugem Sprunge plätzlich alles erreicht ist. Müht immer des Gedankens voll sein, daß es euch viele gibt, die den klugen Sprung nicht mitmachen können, es ihnen an Kraft, an Ueberzeugung, an Mut fehlt. Weil es ihnen unserer Anfänger noch zu neu ist und sie sich am Gehweg ihres Lebens befinden. Dies müßt ihr bedenken. Wer viele sind mit dem Herzen bei uns, nur mit ihrem Geiste sind sie im Streit, weil zu weiter unsere Worte mit den Taten nicht im Einklang stehen.

Darum müssen wir Schritt für Schritt den Weg bereiten. Er führt uns um so sicherer ans Ziel, je gefestigter die Scharen sind, die leuchtend streuen. Wieder die Zahl der Massen kleiner, aber die Zahl der Kampfkraftigen größer. Wollt ihr in Euren Arbeitsgenossen nie mehr den Drucker sehen, den das gleiche Leid bedrückt, der gegen die gleiche Not anlämpft wie ihr? Schaut ihn an nach Euren Seiten, die Augen und die Hände und die Füße wieder den gleichen Glanz, das gleiche Schönen, das gleiche Bollen finden wie in den Euren. Nur findet ihr nicht mehr die Worte, Euch zu verteidigen. Es ging Euch wie den Turnbauern von Habel. Nicht der Herr verordnete Euer Sprache, nein, die Not war es, das gleiche Empfinden, über das Leben zu wollen und nicht können. Leichtig sehen zu müssen, daß es abwärts und nicht aufwärts geht, und nicht die Kraft besitzen, es zu ändern, das machte Euch gegenfeitig zu Feinden. Habt Vertrauen zu Euch selbst, so habt ihr es zu Euren Feinden. Wehnt Euch, ehe es zu spät ist! Schützt die Republik durch Eure Arbeit! Habt die Freiheit des Massenbewusstseins wieder erobert, die ihr habt gezeigt, daß ihr ihn nicht verlernt habt. Wer dem Gleichklang Eurer Worte und Taten werden sich die Dunkelmänner wieder vertreiben wie die Gullen vor dem steigenden Agh. Habt zuerst wieder werden das Wort: Proletariat des eigenen Landes, bereitigt Euch! Sind wir uns einig, dann werden auch die andern folgen. Hans Wagner, München.

Berichte.

Konferenzen im Bezirk Berlin.

In Verbindung mit dem Verkauf des Reichsbriefvertrages am 2. März ließ der Aghaus von 133 örtlichen Verträgen im Bezirk Berlin. Die Reichsbriefverträge und die große Anzahl der am gleichen Termin abzulaufenden örtlichen Verträge gestalteten es nicht, daß wie in früheren Jahren, die Vorarbeiten zur Vertragsrenewierung in Sitzungen und Versammlungen der einzelnen Ortsvereine stattfinden konnten. Ebenso unmöglich war es, zu diesem Zweck eine allgemeine Bezirkskonferenz abzuhalten, weil das gegenwärtig nur mit großem Zeitaufwand und unter sehr großen Kosten für jeden einzelnen Delegierten zu erreichen gewesen wäre. In den Sitzungen mußte sich der gesamte Reichsverband nach Berlin, so daß der größte Teil der Delegierten 3 Tage einseitig für Sitzungen und Mühsal gebraucht hätte. Das es ersparnisgemäß nicht möglich ist, auf so großen Bezirkskonferenzen die besonderen Verhältnisse der meisten Vereine einzugehen, beschloß der Reichsausschuss, statt der allgemeinen Bezirkskonferenz 6 kleinere Konferenzen abzuhalten. Diese Konferenzen haben vom 5. bis 10. April in Berlin, Cottbus, Gützin, Eberswalde und Neuruppin stattgefunden. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht über den Verlauf der Verhandlungen zum Abschluß des Reichsbriefvertrages; 2. Welche Anträge auf Änderung der örtlichen Verträge sind in den einzelnen Wohnbezirken zu stellen; 3. Vertragsbedingungen; 4. Revision in den Vertragsbezirken.

Wie auf die Vereine Strauberg, Grange und Pienzig waren alle Vereine auf den Kongressen vertreten. Mit dem Ergebnis der am 31. März in Hannover getroffenen Vereinbarung erklärten sich alle Vereinsvertreter einverstanden. Bemängelt wurde, daß nicht für alle Vertragsgebiete eine einheitliche Zulage zu erreichen gewesen sei. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß die gesamte Zulage zu gering sei. Aus diesem Grunde kam man beim zweiten Punkt der Tagesordnung zu dem Ergebnis, daß bei den örtlichen und bezirkslichen Verhandlungen nach Fertigstellung des Vertragsmusters überall die Forderung nach größeren Lohnsteigerungen an die örtlichen Unternehmer zu stellen sind. Diese Forderungen sollen überall sofort örtlich gestellt werden, sobald Arbeit darüber besteht, ob es zu einer Verhandlung über ein neues Vertragsmuster kommt. Allgemein wurde ausgesprochen, daß an eine Verlängerung der Arbeitszeit im Sinne der Forderungen des Deutschen Arbeiterbundes gar nicht gedacht werden könne. An der täglichen Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden werde unbedingt festgehalten werden. Es müsse dahin getrebt werden, daß die jetzt üblichen Zeiten von 1/2 Stunde Frühstück und 1/2 Stunde Mittag innehalten geändert werden, daß nur noch 1/2 Stunde Mittag gemacht und die zu genommene durch frühere Arbeitszeit der jehigen Zeiten wurde von allen Vereinen abgelehnt. Über die zu stellenden Lohnforderungen, Zulagen usw. wurde in allen Mitgliedsbezirken nach eingehender gegenseitiger Ausprache Einverständnis erzielt. Die zu formulierenden Forderungen sollen den Mitgliedern der einzelnen Zirkel zur Beschlußfassung empfohlen werden.

Zum dritten Punkt 'Verbandsfragen' ergab sich nach einem Referat des Bezirksleiters, daß grundsätzlich alle Vereine die Auffassung haben, daß ohne eine erhebliche Beitragssteigerung nicht daran gedacht werden kann, die jetzt sehr mangelhaften Interessensvertretungen zu ersetzen. Gewarnt wurde dafür, außer den jetzt bestehenden Interessensvertretungen noch neue Interessensvertretungen zu schaffen. Es sei jeder Zeit daran zu denken, die Gewerbetreibenden in irgendeiner Form abzulösen, so daß außer den Gewerbetreibenden und Streikunterstützung alle anderen Interessenten in Betracht kommen könnten. Die sonstigen Fragen des Verbandes: 'Die Sozialisierung der Baubetriebe' und 'Die Schaffung eines Industrieverbandes' fanden ebenfalls die Zustimmung der Delegierten. Es erklärten, in diesem Sinne schon jetzt in den einzelnen Vereinen wirken zu wollen.

Zum Punkt 'Agitation in den Vereinsgebieten' gab Kollege Lehmann einen Überblick über den Stand der Organisation im Bezirk. Neuaufnahmen wurden im vergangenen Jahre 2970 vorgenommen. Die Zahl der Zirkel und Hebergetreue betragen um einen Zuwachs von 22 252, gleich 190%. Demgegenüber liegt ein Verlust von 11 794 gleich 69%, der sich zu 41% allein auf die Zirkel und zu 21% auf Ausgetretene erwidert. Bei dieser großen Situation war es nicht möglich, die Agitation in der Weise vollständig zu betreiben, die sich im letzten Jahre nach neuen Lohnforderungen fest gar keine Zeit zu gründlicher Agitation aufkommen. Die Mitgliedsbeiträge betrug am Jahresabschluss in 72 Vereinen zusammen 37 407 und ist bis zum 1. April 1920 auf 40 219 gestiegen. Wichtig war es, daß wir uns in diesem Jahre besonders um die Geb- und Tiefbauarbeiter bemühen, die immer noch mit nur 8% der Gesamtmitgliedszahl recht wenig vertreten sind. Weiter wurde empfohlen, Sectionen der Schichtmeister und Poliere und der Verputzwerker zu bilden und sich mehr als bisher um die Gewinnung der Lehrlinge zu bemühen. Auf allen Kongressen kam zum Ausdruck, daß es nötig sei, alles zu tun, um den Verband auszubauen. Erfolgreich wurde dabei jeder persönliche Streik veranlaßt, die Delegierten den Wunsch ausgesprochen, bezirkliche Kongresse von Fall zu Fall wieder stattfinden zu lassen, bei denen alle Kongresse der allgemeinen Bezirkskongresse, wichtige Frage zu klären.

Ortschaft. Am 11. April nahm eine gut besuchte Mitgliedserversammlung den Geschäftsbericht der Vereinsleitung für das 1. Quartal entgegen. Für die Hauptkasse wurden 7446,80 Mk. eingenommen und ausgegeben. Die Verfallsliste hatte einschließl. des Verbandes von 2124,18 Mk. eine Ausgabe von 1977,70 Mk. und eine Ausgabe von 2124,18 Mk., so daß ein Restbestand von 3853,61 Mk. blieb. Bei Quartalsabschluss hatten wir 1208 Mitglieder. Es gab dann eine Aussprache über die letzten zentralen Verhandlungen in Hannover und über den Verlauf örtlicher Verhandlungen. Die örtlichen Unternehmer bestritten, daß am 7. Februar protokollläßig festgestellt wurde, daß örtliche Verhandlungen stattfinden müssen. Sie bestritten sich auf die zentralen Verhandlungen. Zugewiesen ist ihre Ansicht berichtigt worden. Wir haben unsere Forderungen schriftlich eingereicht. Die Unternehmer bezeichnen sie als unerhöht. Zugewiesen wurde das Ergebnis von Hannover bekannt, dadurch sind die örtlichen Verhandlungen wieder zum Stillstand gekommen. Die Kollegen waren mit dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen nicht zufrieden. Wegen einer Stimme wurde nachfolgende Entscheidung angenommen: 'Die Versammlung spricht dem Vorstande wegen der am 31. März und 1. April in Hannover stattgefundenen zentralen Verhandlungen ihre Mißbilligung aus. Die Versammlung verurteilt nicht, daß trotz der vielen Steigerungen aus Kollegen freieren an den Vorstand, sich in Lohnangelegenheiten nicht zu binden, und trotzdem der Vorstand in Nr. 11 des 'Grundstein' bekanntgab, daß der Lohn örtlich zu regeln sei, für die hier festgelegt ist. Nach, wenn angenommen wird, daß dieser Bescheid aus Nr. 11 des 'Grundstein' nach Fertigstellen des neuen Tarifvertrags in Kraft treten soll, ist die Festlegung zu verwerfen. Bis zum 28. Mai werden die Lebensmittelpreise um mindestens 70% steigen. Wie will der Vorstand diese geringe Lohnsteigerung rechtfertigen gegenüber den Vereinen, die durch örtliche Verhandlungen im Februar mehr erreichten? Uns werden durch den Verlauf der Verhandlungen 25% genommen. Bei einer derartigen Handlungsweise des Vorstandes muß das Zutreten der Mitglieder zu ihm schwinden. Es ist mit dem Vereinsvorstand unmöglich, die Mitglieder für die Maßnahmen des Vorstandes zu gewinnen. Der Vorstand der Verhandlungen ist so unverständlich wie möglich. Es wäre doch wohl eine genauere Form möglich gewesen. Die Versammlung erneuert, daß bei den nächsten Verhandlungen der Weg in Lohnangelegenheiten freigegeben

wird oder der Vorstand sofort herabschott, daß der Lohn den Breiten der Verbrauchsartikel nahelkommt. Früher standen die Bauarbeiter an der Spitze ihrer Verbände, heute sind sie die letzten. Wir können verlangen, daß wir als Saisonarbeiter mehr verdienen als andere Berufe. Mindestens aber sollten wir mit andern gleichgestellt sein.'

Königsbitter. Bei der Firma Gebrüder Siemann haben unsere Kollegen wegen Lohnsteigerungen die Arbeit eingestellt. Alle Streikenden sind bereits in anderer Arbeit. Alle Kollegen werden ermahnt, dafür zu sorgen, daß die Firma vor Erledigung der Streitigkeiten keine Arbeiter bekommt.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Feststellungsergebnis vom 6. April.
Aus dem Bezirk Königsberg ist der Bezirk leider wieder ausgefallen. Innerhalb des vom Bezirk erzielten 443 088 Mitgliedern meldeten sich 10 016 oder vom Hundert 2,26 arbeitslos; am vorigen Zeitpunkte betrug dies Verhältnis 2,69. Im Bezirk Hamburg hat sich die in der zweiten Hälfte begonnene Zunahme auch diesmal fortgesetzt. Seit dem vorigen Zeitpunkte stieg das Spundverhältnis dort von 4,1 auf 4,2. Eine kleine Zunahme betrug auch der Münchener Bezirk, nämlich von 4,0 auf 4,4. In Danzig, wo die Arbeitslosigkeit bisher noch mit am größten ist, hat seit den letzten beiden Wochen eine langsame Abnahme eingeleitet von 12,7 auf 10,4 und 9,5. — Auf je 100 Mitglieder werden 4,75 Arbeitslose zu unterstützen, gegenüber 4,07 in der Vorwoche.

Bezirk	Mitgl. im Bezirk	Arbeitslos im Bezirk	In den bestehenden Betrieben	In den bestehenden Betrieben waren am Feststellungszeitpunkte arbeitslos					
				Wäcker	Stückarbeiter	Stanzarbeiter	Einzelarbeiter	Polierarbeiter	Stückarbeiter
Königsberg	443 088	10 016	66	181	1	1	109	307	
Hamburg	84 845	13 077	50	68	28	1	1	15	
Berlin	58 68	22 277	54	176	1	2	1	79	
München	71 71	4027	189	455	198	31	17	1260	
Magdeburg	53 53	24114	22	8	9	—	—	3	
Leipzig	47 47	15544	53	56	42	—	—	25	
Frankfurt	15 15	33079	292	198	298	6	18	6	
Düsseldorf	15 15	34497	52	7	88	4	9	5	
Dresden	13 13	38443	—	—	—	—	—	—	
Hannover	47 47	23442	85	65	4	2	6	1	
Bremen	33 33	13104	157	194	107	1	—	33	
Hamburg	73 73	25222	372	482	267	60	54	6	
Hof	60 60	6229	20	32	6	—	—	—	
Dresden	14 14	23282	264	222	78	12	17	13	
Leipzig	69 69	37500	447	522	688	66	34	15	
München	20 20	21923	243	262	638	3	33	3	
München	32 32	27323	291	205	395	1	6	—	
Stuttgart	21 21	22255	165	108	218	8	96	8	
Karlsruhe	12 12	25541	65	88	77	2	2	—	
Zusammen	1781 781	14 338 384	3804	4342	4772	213	403	96	

Gliesenleger.

Dresden. In der Sektionsversammlung am 10. April wurde von der Bezirkskommission Bericht erstattet. Es ist vereinbart worden, daß der Gliesenlohn 6 Kts betragen, daß die Auslösung in der ersten Zone wie bisher täglich 6 Kts. und in der zweiten Zone 5 Kts. beträgt. Soweit Stoff in Betracht kommt, werden die Tariflöhne vom 1. April 1919 um 150% erhöht. Im übrigen bleiben die Vereinbarungen von 1919 in Kraft. Die neuen Bestimmungen gelten vom 1. April an. In der Aussprache wurden noch verbleibende Mängel der Vereinbarungen hervorgehoben, jedoch wurde anerkannt, daß bei dem derzeitigen Geschäftszugang an einen Lohnkampf nicht zu denken sei. Die Vereinbarungen wurden einstimmig angenommen. — Das Verhalten der Kollegen, die sich in feiner Besammlung setzen lassen, sich auch bei Sektion nicht wieder anmelden, wurde scharf kritisiert. Sie machen sich wohl einer Ermengung schuldig zu nennen, aber für ihre eigenen Interessen mitzuarbeiten, halten sie für überflüssig. Es wurde beantragt, daß bei der nächsten, am 6. Mai stattfindenden Versammlung durch Wählerkontrolle festgestellt wird, ob sich die Kollegen an der Delegiertenwahl zum Verband beteiligen.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Bauarbeiteraussperrung in der Schweiz.

Da die organisierte Bauarbeiterschaft der Schweiz sich weigert, länger als 48 Stunden die Woche zu arbeiten, ordnete der Baumeisterverband für den 1. April die Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter an. Die Bauunternehmer in der Schweiz sind als die ärgsten Reaktionen des Gesamtunternehmeriums bekannt; jedem Kulturfortschritt traten sie bisher brutal in den Weg. Auch jetzt wieder setzen sie ihre ganze Macht daran, die Achtundvierzigstundentage, die in der Schweiz für die Industrie allgemein gilt, zu durchbrechen. Unsere Kameraden in der Schweiz haben den ihnen hingeworfenen Felsendehnschuß aufgenommen, und so leitet der Kampf vom Rhein bis zum Tessin, vom Bodensee bis zum Genfer See. Dessen kann der Schweizer Baumeisterverband versichert sein, daß er Streikbrecher in keinem Lande findet; denn es gibt keinen Kulturstaat im Range um die Schweiz, in dem die Bauarbeiter länger als 8 Stunden arbeiten. Hoch der Achtundvierzigstundentage! Unsere volle Solidarität den Bauarbeitern der Schweiz. Das Sekretariat der Bauarbeiter-Internationalen.

Schweiz.

Ostern 1920 hat in der Geschichte der schweizerischen Bauarbeiterbewegung die Bedeutung eines Marksteines; der in diesen Tagen abgehaltenen I. Allgemeinen Bauarbeiterkongress hat die Verschmelzung der Berufsverbände der Maurer und Handlanger, Stein- und Tonarbeiter, Maler und Gipser und der Zimmerleute gebracht. Noch in den letzten Wochen vor Stattfinden des Kongresses schien das Werk gefährdet, da der Vorstand des Verbandes der Maler und Gipser seiner Delegiertenversammlung Ablehnung der Verschmelzung empfahl. Trotzdem brachte die vorgenommene Urabstimmung den Beschluß der Mitglieder, daß auch die Maler und Gipser dem gemeinschaftlichen Bauarbeiterverbände beitreten. Die Verbandstage der Stein- und Tonarbeiter und der Zimmerleute, die am 2. und 3. April in Zürich tagten, beschlossen ebenfalls die Verschmelzung, und die Maurer und Handlanger hatten sich von jeher auf diesen Boden gestellt. Damit ist die Grundlage geschaffen, auf der eine kräftige und machtvolle Organisation der Bauarbeiter entstehen kann. Unsere Bemerkung, daß der Vorstand des Verbandes der Maler und Gipser gegen die Vereinigung war, könnte möglicherweise den Schluß zulassen, daß von dieser Seite keine besonders freudige Mitarbeit zu erwarten sei dürfte. Dem ist nicht so, sondern durch ihr Verhalten wollten die Maler und Gipser einen Druck auf die Holzarbeiter ausüben, damit letztere ebenfalls dem allgemeinen Bauarbeiterverbände beitreten. Die Maler und Gipser in ihrer Gesamtheit und ihre Zentralleitung im besonderen verbürgen die eifrigste Mitarbeit in der neuen Organisation. Das kommt auch in ihrer Verhandlung zum Ausdruck, wo es heißt:

'Der 7. März 1920 darf also als Geburtsstag des neuen Einheitsverbandes im schweizerischen Bauwerke betrachtet werden. An diesem Tage ist durch die Urabstimmung in unserm Verbande der neue 'Schweiz Bauarbeiterverband', umfassend die bisherigen Zentralverbände der Bauarbeiter, Zimmerleute, Stein- und Tonarbeiter, Maler und Gipser errichtet zu haben. Ein solches Fundament kann nicht auf Sand gebaut sein, das wollen und müssen wir hier festhalten. Die Arbeitergeben die Festigkeit dieses Gebäudes bald erkennen müssen.'

Bereits am 1. Juli 1920 wird die Fusion praktische Gestalt bekommen. Bis dahin bleiben wir noch Zentralverband. Nicht wie ein Leichenbegriß darfst diese gewerkschaftliche Neuorientierung vor sich gehen, sie muß vielmehr mit mächtigem Elan eröffnet werden. Die Zeit dazu ist schon heute. Der Gedanke und die Gestalt des neuen Einheitsverbandes im schweizerischen Bauwerke gehörten schon heute bis in die hintersten Gänge des Landes getragen. Der Gedanke des neuen Einheitsverbandes muß in die Köpfe aller Bauarbeiter, er muß der populärste Gedanke jedes Bauarbeiters sein, er muß zwingen, wachen, revolutionieren, und als Siegespreis der schon heute neuen Scharen noch bisher indifferenten Bauarbeiter in die Organisationen führen, damit der 1. Juli 1920 um so glänzender über den gewollten Zusammenschluß triumphieren kann. Der kräftigste Eröffnungsmarsch für diesen Bauarbeiterverband ist eine von jedem Kollegen mit aller Schärfe getriebene Agitation, durchglüht von festem Willen und zielbewußtem Streben für den neuen Verband.

Stürmen wir voran, Maler und Gipser! Zeigen wir unsern künftigen Verbandskollegen, daß es uns Ernst für einen gemeinsamen Gewerkschaftsideale ist. Entwickeln wir unseren altherkömmlichen Kampfesgeist, er macht uns im neuen Verbande alle Ehre!

Der Fusionsvertrag, der, weil er in völligem Umfang den gegebenen Umständen Rechnung trägt, mit ganz geringfügigen Änderungen angenommen wurde, besagt in seinem Artikel 1:

Der Schweizerische Bauarbeiterverband, der Zentralverband der Maler, Anstreicher, Lackierer, Gipser, Vergolder und Stukkateure der Schweiz, der Stein- und Tonarbeiterverband der Schweiz und der Zentralverband der Zimmerleute der Schweiz vereinigen sich auf dem 1. Juli 1920 zu einer gemeinsamen Organisation unter dem Namen: Schweizerischer Bauarbeiterverband. Der Verband ist ein Glied des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und schließt sich dem internationalen Bauarbeiterverbände an.

Mit der Arbeit des ersten allgemeinen Bauarbeiterkongresses ist ein Werk abgeschlossen, das nicht nur 'aus dem Handgelenk geschüttelt wurde'. Der Komplex der 'Bedenken' ist gründlich behandelt worden in all den Jahren, in denen die Fusionsfrage zur Diskussion stand. Darum ist jetzt auch damit zu rechnen, daß die Reibungsflächen, die sich bei jeder Zusammenfassung von autonomen Organisationen zeigen, die Entwicklung des neuen Gebildes nicht allzusehr hindern werden. Das Unternehmertum im schweizerischen Bauwerke, die brutale Gesellschaft, die wir bisher kennen lernten, lenkt jetzt schon den Blick der Bauarbeiter von Kleinigkeiten ab. Der gemeinschaftliche Kampf um die Achtundvierzigstundentage wird das Zusammengehörigkeitsgefühl der schweizerischen Bauarbeiter fördern und ihre Kampfesfreudigkeit erhöhen.

Frankreich.

Anfang März traten die Pariser Bauarbeiter, gedrängt durch die steigende Teuerung der Lebenshaltung, in eine Lohnbewegung ein. Gefordert wurde für gelehrte Arbeiter ein Mindeststundentlohn von 5 Fr. für Bauhilfsarbeiter von 4,75 Fr. Für Arbeiter außerhalb Paris wurde die Erhöhung der Auslösung auf 4 Fr. täglich gefordert. Beschlüssig der Arbeit zu setzen forderten die Pariser Bauarbeiter die strikte Durchführung des Gesetzes über den Achtstundentag. Die Unternehmer lehnten gegen Ende März diese Forderungen ab. Sie sind bereit zur Zahlung eines



